

EXTREM WICHTIG: LINKE POLITIK

BEITRÄGE ZUR KRITIK DER
EXTREMISMUSDOKTRIN UND DER
INLANDSGEHEIMDIENSTE

IMPRESSUM

Herausgeber: Avanti - Projekt undogmatische Linke (IL)

ViSdP: Christoph Kleine, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck

Auflage: 3.000

Druck: Hinkelstein Berlin

Bildnachweise: alle Photos von attenzione photographers

Streetart auf Seite 17: unbekannt

Homepage: www.avanti-projekt.de

Es wird in dieser Broschüre sowohl das Binnen „I“ als auch die Form des gendergaps („_innen“) verwendet. Wir wissen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, haben es jedoch den Autoren und Autorinnen überlassen, die ihnen zusagende Form zu wählen.

VORWORT

Seit ca. zwei Jahren macht die schwarz-gelbe Bundesregierung einen angeblich erstarkenden „Linksextremismus“ zu einem ihrer innenpolitischen Schwerpunkte und greift dazu auf abgedroschene Theorien über Totalitarismus und Extremismus zurück. In diesem Zusammenhang führte die Familienministerin Kristina Schröder (CDU) Ende 2010 einen Bekenntniszwang für alle staatlich geförderten Projekte gegen Rechts ein, der nicht nur ein Bekenntnis zur Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung (FDGO) verlangt, sondern auch zu einer Ausforschung der KooperationspartnerInnen dieser Projekte verpflichten soll.

Der konkrete Umgang mit dieser Bespitzelungsklausel ist noch nicht entschieden. Denn mittlerweile lehnen nicht nur SPD und Grüne sowie die Länder Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen dieses Vorgehen ab, sondern auch über 1.000 Initiativen und Einzelpersonen, welche sich gegen das Erstarken der extremen Rechten engagieren. Gleichzeitig preschen allerdings einige konservativ regierte Länder weiter vor: In Bayern wurde im neusten Verfassungsschutzbericht des Landes zum wiederholten Male ein Archiv des Linksextremismus bezichtigt, obwohl 2010 der bayrische Verwaltungsgerichtshof dem Innenministerium diese Verleumdung untersagt hatte. In Niedersachsen darf der CDU-geführte Verfassungsschutz an Schulen mit so genannten „Demokratielotsen“ unterrichten, während die eigentlich zuständige Landeszentrale für politische Bildung aus finanziellen Gründen abgeschafft wurde. Und in Sachsen, Tummelplatz reaktionärer ExtremismusforscherInnen, InnenpolitikerInnen und StaatsanwältInnen, werden nicht nur gehäuft antifaschistische Aktivitäten mit Verboten und Hausdurchsuchungen verfolgt, sondern inzwischen alle staatlich geförderten Projekte einer Zensur ihrer Presseveröffentlichungen unterworfen.

Mit dieser Broschüre wollen wir nicht nur Argumente gegen die aktuell in der Diskussion befindliche Gesinnungsprüfung von Frau Schröder liefern, sondern vor allem gegen die als ideologische Grundlage dienende Extremismuskonzeption. Diese war schon lange vor Frau Schröder und Schwarz-Gelb Grundlage für die Bundesprogramme gegen Rechts im Besonderen und die Innenpolitik jeglicher Regierungen im Allgemeinen. Zwar erfährt die Gleichsetzung von angeblich linkem und rechtem Extremismus seit ein paar Jahren erheblichen Aufwind, eine Renaissance setzte aber schon mit der Annexion der DDR, dem Ende der RGW-Staaten¹ und dem damit verbundenen geschichtspolitischen roll-back ein.

Wir halten die Gleichsetzung von emanzipatorischer und faschistischer Politik unter dem Begriff „Extremismus“ aus ideengeschichtlicher, historischer und aktueller Perspektive für nicht haltbar. Sie ist kein politisches Analyseinstrument, sondern der Versuch reaktionärer gesellschaftlicher Kräfte zwei Ideologien, die aus ihrer Perspektive bekämpfenswert erscheinen, unter einem Begriff zu vereinen.

In den Mitteln und Zielen haben sich Faschismus und Sozialismus immer unterschieden, genauso wie NPD und DIE LINKE grundsätzlich verschieden sind. Wer angeblich extremistische Phänomene nur an den Rändern der Gesellschaft verorten will, übersieht die rassistischen, antisemitischen, elitären, autoritären und demokratiefeindlichen Potentiale in der so genannten Mitte der Gesellschaft. Die menschenverachtenden Visionen eines SPD-Mitgliedes Thilo Sarrazin sind für die Demokratie sicherlich gefährlicher als die kruke Weltanschauung der NPD, weil sie von Millionen Menschen gelesen werden.

Wer wie wir die Extremismuskonzeption und den Begriff des Extremismus ablehnt, kommt nicht umhin, die wesentlichen ProtagonistInnen dieser Ideologie zu kritisieren. Dieses sind neben einigen reaktionären SozialwissenschaftlerInnen und PolitikerInnen seit Jahrzehnten die Inlandsgeheimdienste des Bundes und der Länder. Demokratisch wenig legitimiert und kaum kontrollierbar haben sie den rein administrativen Gebrauch der Extremismuskonzeption inzwischen verlassen und bestimmen heutzutage weitestgehend, was in der Politik, in den Medien, der Wissenschaft und Bildung und damit in der Öffentlichkeit als extremistisch zu gelten hat. Die Durchdringung der Sozialwissenschaften durch die Geheimdienste schreitet kontinuierlich fort, ebenso wie der Einzug der „Schlapphüte“ in das Feld der schulischen Bildung. Doch so einfach räumen wir das Feld nicht. Linke Politik ist extrem wichtig und hat nichts gemeinsam mit menschenverachtenden, faschistischen Ideologien. Zu diesem Verständnis wollen wir mit dieser Broschüre beitragen.

Wir bedanken uns bei allen Personen, die zum Entstehen der Broschüre beigetragen haben. Insbesondere bedanken möchten wir uns bei der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB), die uns mit ihrer Broschüre Anregungen für einige interessante Beiträge gab. Ebenso gilt unser besonderer Dank den GastautorInnen, die dem erneuten Abdruck ihrer Artikel zustimmten oder diese extra für uns verfassten. Einige Artikel sind ursprünglich schon vor mehr als einem Jahr erschienen und in diesem zeitlichen Kontext zu lesen. Eine redaktionelle Bearbeitung haben wir nicht vorgenommen, weshalb die Texte auch keine einheitliche geschlechtergerechte Schreibweise aufweisen.

Avanti, Mai 2011

¹ RGW: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| Ist Rot gleich Braun? Zur Kritik des Extremismusbegriffs und seiner Verwendung // <i>Avanti Hamburg</i> | 05 |
| Fatale Gleichsetzung. Die Entsorgung des Rechtsextremismus // <i>Christoph Butterwegge</i> | 13 |
| Mit antidemokratischen Maßnahmen die Demokratie schützen? // <i>Ein Kommentar von Melanie Groß</i> | 16 |
| Das Fürchten gelehrt // <i>Alex Demirovic und Paulina Bader</i> | 19 |
| Wir sind alle Dresden Nazifrei | 22 |
| Ein Garten voller Boecke // <i>Florian Back</i> | 23 |
| Andi und Ayshe gegen Klausl Randalen // <i>Avanti Berlin</i> | 30 |
| Selbstvergewisserung durch Distanzierung -Gründe für eine Bündnisarbeit fernab von militanten Grenzen // <i>LAG ANTIFASCHISMUS DIE LINKE.Berlin</i> | 32 |
| “Wir lehnen die Extremismustheorie ab“ // <i>Grüne Jugend Hamburg</i> | 34 |
| SISTEMA TOTALITARIO. Zur Kritik der Totalitarismus-Ideologie // <i>Wolfgang Wippermann</i> | 36 |

IST ROT GLEICH BRAUN?

Zur Kritik des Extremismusbegriffs und seiner Verwendung

von Avanti Hamburg

Ein Eklat

Bei der Verleihung des sächsischen Demokratiepreises im November 2010 an eine Initiative, welche sich gegen Rechts engagiert, kam es zum Eklat. Für die Annahme des mit 10.000 Euro dotierten Preises sollte das „Alternative Kultur- und Bildungszentrum e.V.“ (AKuBiz) aus Pirna eine so genannte Extremismusklausel des Landes Sachsen unterzeichnen, in welcher es nicht nur sich selbst auf bestimmte Prinzipien verpflichten, sondern auch für die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit möglicher Kooperationspartner im Sinne dieser neu geschaffenen sächsischen Doktrin bürgen sollte. Hierzu hätte sich das AKuBiz, ein Verein der sich aktiv mit den Themen Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzt, selbstständig und umfassend über die Kooperationspartner zu informieren – letztlich auch mittels des Inlandsgeheimdienstes (IGD), gemeinhin als Verfassungsschutz bekannt. Eine solche Gesinnungsschnüffelei, welche eine Kultur des Misstrauens kultiviert, lehnte das AKuBiz ab und verzichtete damit auch auf das sicherlich dringend benötigte Geld. Im Gegenzug erfuhr der Pirnaer Verein jedoch breite Solidarität: Professorin Gesine Schwan kritisierte noch während der Feier anlässlich der Preisverleihung das Vorgehen der sächsischen Landesregierung und verglich dieses mit der unsäglichen Praxis der Berufsverbote in den 1970er und 1980er Jahren der BRD. Eine Petition des AKuBiz wurde von diversen staatlich geförderten sowie unabhängigen Initiativen gegen Rechts, von Gewerkschaftsgliederungen, Bundes- und Landtagsabgeordneten verschiedener Parteien, WissenschaftlerInnen und JournalistInnen unterzeichnet. Der Eklat verdeutlichte einen schon länger währenden Konflikt zwischen zivilgesellschaftlich engagierten Projekten einerseits sowie der Bundesregierung und einigen, zumeist konservativen, Landesregierungen andererseits: Teilweise sehr erfolgreiche Politik gegen das Erstarken der extremen Rechten soll streng nach staatlichen Vorgaben erfolgen, rechte Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft sowie Verquickungen zwischen Konservatismus und Neofaschismus ignoriert werden, und staatlich nicht kontrollierte Projekte und Initiativen gegen Rechts sollen isoliert ggf. auch diskredi-

tiert werden. Mit dieser Entwicklung geht auch eine forcierte Ausweitung des Extremismusbegriffes auf fortschrittliche Politikfelder und Bewegungen auf der Linken und deren Bekämpfung einher.

Kultur des Verdachts gegen unabhängige AntifaschistInnen

Die „Kultur des Verdachts“ und Maßnahmen der Diskreditierung und Ausgrenzung trafen jedoch auch schon vor den Vorgängen in Sachsen verschiedene antifaschistische Projekte in anderen Bundesländern. In Bayern wurde die langjährig etablierte und wegen ihrer qualifizierten Arbeit breit anerkannte „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V.“ (AIDA) wegen angeblich extremistischer Kontakte im Verfassungsschutzbericht 2008 gebrandmarkt. Dadurch verlor der Verein die Gemeinnützigkeit und wurde aus der „Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus“ ausgeschlossen. In Nordrhein-Westfalen wurde die antifaschistische Zeitung LOTTA 2008 eines „diskursorientierten Linksextremismus“ bezichtigt, einer extra zu diesem Zweck geschaffenen Kategorie des Inlandsgeheimdienstes des Landes. Letztlich erwiesen sich sowohl in Bayern wie auch in NRW die geheimdienstlichen Unterstellungen als unhaltbar. Die LOTTA musste nach gerichtlichem Urteil 2009 aus dem Geheimdienstbericht gestrichen werden, AIDA siegte im September 2010 in zweiter Instanz gegen das bayrische Innenministerium. Trotz des starken Gegenwindes in Sachsen und der gescheiterten Diskreditierungen in Bayern und NRW lässt sich Familienministerin Kristina Schröder (CDU) bisher nicht davon abhalten, für das Jahr 2011 eine ähnliche Bekenntnisformel wie in Sachsen auch für den Bund einzufordern. Ministerin Schröder ist zuständig für die Bundesprogramme gegen (Rechts-) Extremismus und Mitglied des Beirates beim Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“. Ob sich der Wortlaut dieser Gesinnungsprüfung noch ändern wird, ist unklar, denn mittlerweile gibt es breiten Protest und ein Rechtsgutachten von Ulrich Battis von der Humboldt-Universität zu Berlin, welches in Teilen die Unvereinbarkeit der Formel mit dem Grundgesetz feststellt.¹ Gleichzeitig sprach sich auch der Beirat des „Bündnisses für Demokratie und

¹ <http://npd-blog.info/2010/12/06/battis-schroeders-klausel-verstost-gegen-das-grundgesetz/>

Toleranz“, ein zentraler bundesweiter Träger von Projekten gegen „Rechtsextremismus“, gegen die Klausel aus.

Neuer Popanz „Linksextremismus“

Für 2011 ist jedoch nicht nur die Gesinnungsprüfung aller aus öffentlichen Mittel geförderten Projekte neben deren Kooperationspartnern angekündigt, sondern auch der weitere Ausbau von Projekten gegen „Linksextremismus“. Eine Präzisierung, was denn unter Linksextremismus zu verstehen sei, gar eine wissenschaftliche Begründung, fehlt jedoch im Familienministerium. Der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer stellte fest, dass es keine ernst zu nehmende wissenschaftliche Forschung zum „Linksextremismus“ und damit auch keine vergleichende Extremismusforschung in Deutschland gäbe.²

Im Ministerium von Kristina Schröder mangelt es auch an einer genaueren Bestimmung, wer denn Opfer angeblich „linksextremistischer“ oder „antideutscher“ Gewalt sei und somit in den Genuss einer Opferberatung kommen könne, vergleichbar etwa der Beratung von traumatisierten Opfern rassistischer Gewalt. Werden also in Zukunft Besitzer eines Porsche, der von Unbekannten angezündet wurde, diesen mit der Begründung ersetzt bekommen, er sei von „Linksextremisten“ in Brand gesteckt worden?!

In der Realität angekommen, zeigt sich die Unzulässigkeit des Vergleiches: Während es seit dem Anschluss der DDR nachprüfbar über 140 Todesopfer rassistischer und neonazistischer Gewalt in Deutschland gab, können auf der anderen Seite höchstens ein paar leicht verletzte PolizistInnen oder abgebrannte Luxuslimousinen geltend gemacht werden. Erstere bekommen aber schon professionelle medizinische und psychologische Hilfe, während letztere ein Fall für die Versicherung sind.

Auch für ausstiegswillige, ehemalige Linksradikale braucht man wohl kaum Auffangprojekte vergleichbar denen für reuige Neonazis. Während es Nazis oftmals an beruflichen und sozialen Perspektiven mangelt und sie tatsächlich der Gefahr der gewaltsamen Bestrafung durch ihre ehemaligen KameradInnen unterliegen, ist dieses bei radikalen Linken nicht der Fall. Die permanent angekündigte Ausweitung der Projekte auf den angeblich gefährlich angestiegenen Linksextremismus gründet auf einem Popanz, welcher in Zeiten der wirtschaftlichen Krise zur Bekämpfung von fortschrittlichen Ideen, die über die heute bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus weisen, aufgebaut wird.

Doch fragwürdige extremismustheoretisch geleitete Positionen werden leider auch von sozialdemokratischen PolitikerInnen dann vertreten, wenn sie als

MinisterInnen mit den steigenden und radikaleren Protesten beispielsweise gegen die Gentrifizierung der Innenstädte und damit einhergehendem offensiv zur Schau gestellten Luxus konfrontiert sind. Eine Serie von Brandanschlägen gegen Kraftfahrzeuge, mehrheitlich aus der Oberklasse, führte in Berlin 2009/10 schnell zu einer hysterisch geführten Debatte um eine Zunahme des Linksextremismus, die Verschärfung der Inneren Sicherheit, drakonische Strafen und unzulässige Vergleiche. Innensenator Körting (SPD) holte ein altes Zitat von Kurt Schumacher aus der Mottenkiste und bezeichnete die autonome Szene als „rot-lackierte Faschisten“, und seine Justizsenatorin Gisela von der Aue sekundierte: „In der Linken (gemeint: DIE LINKE) und auch bei einigen Jusos wird aber zwischen zulässiger „antifaschistischer“ Gewalt und verwerflicher Gewalt von Rechtsextremen unterschieden.“³

Nun macht es jedoch sehr wohl einen Unterschied, ob Autos angezündet oder Menschen auf Grund ihres „Fremdseins“ zusammengeschlagen werden und es macht wiederum einen Unterschied, ob letztere sich dagegen zur Wehr setzen.



Extrem unterschiedlich: Links und Rechts.

² Neugebauer, Gero: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus, in: Schubarth/Stöss: Rechtsextremismus in der BRD, Bonn 2000.

³ zit. nach Berliner Morgenpost 28.12.2009.

Ist Rot gleich Braun?

Die Extremismuskonzepte, nach der Braun gleich Rot sei, Extremisten sich an den Rändern der Gesellschaft wieder finden lassen und dort quasi berühren, ja die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR, wird seit dem Ende des Realsozialismus wieder verstärkt von konservativen WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und Medien verbreitet. Eine schlüssige Begründung, warum Theorien, welche für ein solidarisches, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen eintreten (Sozialismus/Kommunismus), mit Weltanschauungen gleichzusetzen seien, welche Hierarchien, Unterordnung und das Recht des Stärkeren bis hin zu „Ausrottung“ und Kriegen propagieren (Rassismus/Faschismus), bleiben die AnhängerInnen der Extremismuskonzepte allerdings schuldig. Ihre Gleichsetzung bleibt allenfalls auf der Oberfläche angeblich ähnlicher Methoden und Erscheinungsformen verhaftet, nach der sich ExtremistInnen in der Wahl der Mittel, der Ablehnung des Parlamentarismus und der Verneinung individueller Freiheiten in einem Kollektivismus ähneln würden.

Da wird ein „rassenreines“ Volksgemeinschaft-Konzept der Nazis allen Ernstes verglichen mit einer Gesellschaft, in welcher nicht nur politische Gleichheit angestrebt, sondern auch soziale Gerechtigkeit für alle Menschen unabhängig von Herkunft und Leistung gelten soll. Da wird die Ersetzung des Parlaments durch Führertum oder selbsternannte Elite, wie im Faschismus oder in Militärdiktaturen, auf eine Ebene mit der Forderung nach demokratischer Teilhabe gestellt, welche zwar die real existierenden Formen des Parlamentarismus auf Grund der geringen Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen ablehnt, gleichzeitig aber mehr Mitbestimmung durch plebiszitäre und basisdemokratische Mechanismen einfordert. Da wird die grundsätzlich unterschiedliche Ideengeschichte von Faschismus und Sozialismus vergessen gemacht, weil es konservative Eliten waren, welche in Deutschland, Spanien und Italien dem Faschismus an die Macht verholten. Auch bei den Mitteln wird eine unzulässige Gleichsetzung von linker und rechter Praxis vollzogen. Ob Menschen nur auf Grund ihres Aussehens von Nazis verletzt und ermordet werden oder ob AntifaschistInnen diese daran entschlossen hindern - dieser grundlegende Unterschied soll hinter der Floskel „extremistische Gewalt“ verschwinden.

Der Extremismusbegriff

Obwohl der Begriff Extremismus nicht nur in medialen und wissenschaftlichen Diskursen breite Anwendung findet, sondern auch auf administrativer Ebene, bei Innenministerien, Inlandsgeheimdienst, Polizei

und Staatsanwaltschaften Grundlage ist, ist er kein Rechtsbegriff und ist entsprechend nicht in Gesetzen definiert. Eine willkürliche Auslegung je nach politischem Interesse ist damit möglich.

Schon seine Entstehung ist in Deutschland eng mit der Bekämpfung der politischen Linken verknüpft, denn der Extremismusbegriff leitet sich aus einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von 1956 im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD ab. Hier wurde erstmals ausgeführt, dass das Grundgesetz der „Versuch einer Synthese zwischen dem Prinzip der Toleranz gegenüber allen politischen Auffassungen und dem Bekenntnis zu gewissen unantastbaren Grundwerten der Staatsordnung“ ist.

Die unantastbaren Grundwerte definierte das Bundesverfassungsgericht schon vier Jahre zuvor unter dem Begriff „freiheitlich demokratische Grundordnung“ (FDGO) und zählte hier zu: Achtung der Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip und das Recht auf Ausübung einer Opposition. Angebliche oder tatsächliche GegnerInnen der FDGO wurden von den Behörden zunächst als radikal, seit Anfang der 1970er Jahre als extremistisch bezeichnet. Zur FDGO gehören aber weder das Recht auf Eigentum oder Verfügungsgewalt an Produktionsmitteln noch die Festlegung auf eine ausschließlich parlamentarische Demokratie. Trotzdem werden immer wieder fortschrittliche Menschen und Organisationen als extremistisch bespitzelt, verfolgt, bekämpft und bestraft, nur weil sie die Abschaffung des Kapitalismus und eine Ausweitung demokratischer Beteiligung auf gesellschaftliche Bereiche fordern, die – wie die Wirtschaft – für andere Bereiche des Lebens zentrale Bedeutung haben, in denen aber demokratisches Entscheiden kaum eine Rolle spielt.

Nach dem KPD-Verbot setzte sich der Extremismusbegriff als Leitlinie zur Aufgabenstrukturierung in westdeutschen Verfassungsschutzämtern weiter durch.

Ab den 1970er Jahren fand er auch vermehrt Eingang in Politik, Wissenschaft und Medien. Gegenwärtig wird das Extremismuskonzept am stärksten von den konservativen Professoren Uwe Backes (TU Dresden) und Eckhard Jesse (TU Chemnitz) und ihnen nahe stehenden WissenschaftlerInnen vertreten. Beide geben seit Jahren ein „Jahrbuch für Extremismus und Demokratie“ heraus, und ihre Thesen bilden die Grundlage für „antiextremistisches“ Handeln von Innenministerien und Inlandsgeheimdiensten. Schon 1990 erwiesen sie sich als Apologeten der Neuen Rechten, als sie mit Rainer Zitelmann den Band „Die Schatten der Vergangenheit“ herausgaben, in dem sie vertraten, dass der Nationalsozialismus einen „Modernisierungsschub“

in Deutschland bewirkt habe. Im gescheiterten NPD-Verbotsverfahren war Eckard Jesse als Gutachter vorgesehen. Dieses führte zu heftiger Kritik, da er über die TU Chemnitz verlauten ließ: „Wegen der Bedeutungslosigkeit der NPD hält Jesse einen Parteiverbotsantrag für unzweckmäßig.“

Bei der wissenschaftlichen Herleitung, was als Extremismus zu gelten habe, bedienen sich Backes und Jesse eines Ansatzes, der nicht empirisch - also aus der Realität - hergeleitet, sondern einfach normativ gesetzt wurde.⁴ Diese Herangehensweise lässt weder den historisch noch den international empirisch geführten Vergleich zu, sondern idealisiert den momentan herrschenden Verfassungsstaat in Deutschland als allgemein gültige, ahistorische Norm und lässt dessen KritikerInnen als außerhalb der Norm, am Rande, schlimmstenfalls am extremen Rande stehen. Idealisiert wird hingegen die gesellschaftliche Mitte, welche als per se demokratisch dargestellt wird. Da durch die normative Setzung in der Extremismuskonzeption Gegenstand der Forschung, Begründung und Erklärung in eins fallen, bezeichnet der Politikwissenschaftler Lars Rensmann dieses Vorgehen als „theoretische Tautologie“, also als Zirkelschluss.

Neben dieser theoretischen Schwäche hat die Extremismuskonzeption noch einen weiteren Haken: Auf einer politischen Achse befinden sich (extreme) rechte und linke Positionen an entgegengesetzten Punkten. Sie befinden sich in größerer Nähe zur idealisierten Mitte als zu einander und entsprechen damit visuell nicht der postulierten Nähe der Extremismen.

Einen Ausweg soll seit geraumer Zeit das so genannte Hufeisenmodell bieten.

Mittels dieser grafischen Darstellung lassen sich die politischen Überzeugungen von Backes und Jesse in eine eingängige Form pressen. Die Professoren behaupten anhand ihres Hufeisenmodells, die ExtremistInnen von links und rechts berühren sich „an den Rändern des demokratischen Verfassungsbogens“ – sie seien sich sogar „sehr nahe, brauchen einander“ und „wollen vielmehr das hervorrufen, was sie so heftig attackieren.“⁵ Spätestens beim letzten Halbsatz wird deutlich, dass zu dem Hufeisen ein gewaltiger Pferdefuß gehört, dessen wissenschaftliche Dünnhäutigkeit an anderer Stelle dieser Broschüre noch weitergehend offen gelegt wird.

Die Extremismuskonzeption verfolgt neben dem unzulässigen Vergleich auch die Entsorgung des Faschismusbegriffes, welcher bis in die 1970er Jahre in Politik, Wissenschaft und Medien zur Kennzeichnung von völkisch-nationalistischen Ideologien und Herrschafts-

formen gebräuchlich war. Die Extremismuskonzeption fragt weder nach der ökonomischen Basis des Faschismus (Kapitalismus) noch nach dessen Eliten und Nutznießern. Wissenschaftler wie Backes und Jesse verfolgen die Entlastung des deutschen Konservatismus und seiner militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten, welche den Aufbau der NSDAP maßgeblich förderten, die Machtübertragung an Hitler begeistert begrüßten und zu den größten Profiteuren von faschistischer Herrschaft und imperialistischem Krieg gehörten. Neben der Frage nach den hauptsächlichen Unterstützern und Profiteuren, nach den besonderen kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Traditionen, die Voraussetzung für den Nationalsozialismus waren, kann die Extremismustheorie auch nicht erklären, warum es gerade in Deutschland und nicht in der UdSSR zum geplanten, industriellen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden kam.

Umstrittener Begriff „Rechtsextremismus“

Allerdings sind nicht alle WissenschaftlerInnen, welche völkisch-nationalistische Ideologeme und Herrschaftsformen als „rechtsextremistisch“ bezeichnen, auch AnhängerInnen der Extremismustheorie und ihrer Vordenker Backes und Jesse. Richard Stöss plädiert für einen Rechtsextremismusbegriff, der „neben faschistischen und neofaschistischen auch deutsch-nationale bzw. nationalistisch-konservative Konzepte“ umfasst und damit die Beziehungen zum Konservatismus berücksichtigen möchte.⁶ „Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten“, formuliert er. Genauer wäre es hier von einer „extremen Rechten“, also der ins äußerste gesteigerten Form rechter Positionen, zu sprechen, statt durch den sprachlichen Ausdruck die Betonung auf den Extremismus zu legen. Fortschrittliche Rechtsextremismus-ExpertInnen erkennen auch an, dass viele Einstellungen der extremen Rechten sich zwar politisch zwischen Konservatismus und Faschismus einordnen lassen, zugleich aber auch in Milieus vertreten werden, welche sich soziologisch betrachtet in der Mitte der Gesellschaft wiederfinden und nicht an ihren Rändern. Empirische Belege für das Vorhandensein von rassistischen, antisemitischen und autoritären Einstellungen und Diskursen in der Mehrheitsgesellschaft liefern regelmäßig die Analysen der Friedrich-Ebert-Stiftung⁷ sowie das Forschungsprogramm des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Sie widersprechen damit gängigen

⁴ Zur Kritik dieses normativ-ontologischen Ansatzes siehe: Zimmermann, Jens: Wissenschaftstheoretische Elemente einer Kritik an der Extremismusforschung, in: Wamper, Regina/Kellershohn Helmut/Dietzsch, Martin (Hg.): Rechte Diskurspiraterien, Münster 2010.

⁵ Backes, Uwe/Jesse, Eckart: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Bonn 1989, S.33.

⁶ Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005.

⁷ Aktuell z.B. Oliver Decker/Marliese Weißmann/Johannes/Elmar Brähler: Die Mitte in der Krise, Berlin 2010.

Vorstellungen, dass entsprechende Einstellungen vor allem in Jugendszenen, Subkulturen und einkommensschwachen Schichten anzutreffen seien.

Trotz wissenschaftlicher Dünnhäufigkeit Mittel staatlicher Herrschaftssicherung

Obwohl die Extremismuskonzeption wissenschaftlich nicht haltbar ist, ist sie doch Grundlage für vielfältiges staatliches Handeln. Sie bildet die Basis für die Arbeit des Inlandsgeheimdienstes, für die Staatsschutzabteilungen der Polizei, für Staatsanwaltschaften und politische Justiz. Sie dringt aber auch zunehmend wieder in bildungspolitische, mediale und wissenschaftliche Diskurse vor.

Dem Inlandsgeheimdienst (IGD) kommt dabei eine besondere Bedeutung als angeblich objektive Referenz zu, auf die sich Politik, Medien, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen berufen. Denn der Geheimdienst definiert nicht nur was administrativ als extremistisch zu gelten habe, sondern darf sich auch auf Quellen berufen, welche der Öffentlichkeit, ja selbst der Wissenschaft, verschlossen bleiben. Ihm stehen eine Vielzahl von Mitteln wie Spitzel, V-Leute, verdeckte Ermittlung, Telekommunikationsüberwachung, ja selbst agents provocateurs zur Verfügung, welche ihm einen (ver-

meintlichen) Wissensvorsprung verschaffen. Gleichzeitig sind die Geheimdienste fast niemandem Rechenschaft schuldig, denn selbst die parlamentarischen Kontrollkommissionen der Länder und des Bundes zur Überwachung der Tätigkeit der Dienste sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Wie fatal diese geheime, unkontrollierbare und demokratisch nicht legitimierte Tätigkeit der Dienste sein kann, offenbarte zuletzt auf drastische Weise das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht im März 2003. Bevor das BVerfG überhaupt prüfen konnte, ob es sich bei der NPD um eine verfassungswidrige Partei handelt, musste das Verfahren eingestellt werden, weil der Kader der NPD so eng mit MitarbeiterInnen und ZuträgerInnen des IGD verflochten war, dass das Gericht eine geheimdienstliche Einflussnahme auf die NPD nicht ausschließen konnte. Ein rechtsstaatliches Verfahren wurde damit unmöglich. Da bis heute der Bundesminister des Inneren und fast alle Innenminister der Länder weiterhin den Abzug der V-Leute aus der NPD verweigern, wird der IGD somit zur besten Rechtsschutzversicherung der neofaschistischen Partei.

Dieser Skandal war nur der größte Geheimdienstskandal der jüngsten Geschichte, zahlreiche weitere er-



Extrem nervig: Wer linke Politik mit der von Nazis gleichsetzt, hat nichts verstanden.



Extrem sicher: die Polizei weiß, welche ‚Richtung‘ sie stärker im Blick hat.

eigneten sich davor oder danach. Trotzdem bleibt der Nimbus der Geheimdienste als objektive Schützer der Demokratie unangetastet. Mehr noch: Es ist dem IGD gelungen, sein Nischendasein zu verlassen und gefördert mittels immer größerer Haushaltsposten und durch gezielte Einstellung entsprechenden Personals seinen Einfluss auf Wissenschaft und Bildungspolitik auszubauen.⁸ Eine Vielzahl von politikwissenschaftlichen Publikationen entsteht heute mit Hilfe des Inlandsgeheimdienstes und seiner MitarbeiterInnen. Bei den meisten Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus ist der IGD beteiligt, und bei freien Bildungsträgern, Initiativen, Medien, Sport- und Kulturvereinen stellt er ReferentInnen oder Informationen bereit. In den letzten Jahren hat der IGD seine Öffentlichkeitsarbeit massiv gesteigert, mittlerweile sollen seine MitarbeiterInnen sogar an die Schulen gehen, um im Sinne der Extremismuskonzeption zu lehren. Diese forcierte Öffentlichkeitsarbeit und zunehmende Durchdringung von Wissenschaft, Bildung und Medien geht allerdings einher mit der fortbestehenden Abschottung hinsichtlich des eigentlichen Kerns geheimdienstlicher Arbeit. Denn die neuere Entwicklung ist keineswegs eine Demokratisierung des IGD, die eine bessere Überprüfbarkeit der geheimdienstlichen Tätigkeit ermöglicht, sondern der Ausbau des Geheimdienstes zum allseits akzeptierten, angeblich neutralen Mittel von politischer Herrschaft.

Politische Praxis der Inlandsgeheimdienste

Dass mehr Öffentlichkeitsarbeit mittels Hochglanzbroschüren, Comics, BildungsreferentInnen und professionellem Internetauftritt nicht mit mehr politischer Aufklärung einhergeht, ist jedenfalls beim Hamburger

IGD zu beobachten.

Seit Jahren werden jegliche Anfragen in der Bürgerschaft zur Verquickung von Konservatismus und Neofaschismus, egal ob von SPD, GAL oder DER LINKEN gestellt, vom IGD mit dem Verweis auf das Geheimdienstgesetz abgewehrt. Ob sich bei Burschenschaften, der Neuen Rechten, extrem rechten Vereinigungen und Bildungsgesellschaften personelle, ideologische oder strukturelle Schnittmengen mit dem organisierten Neofaschismus nachweisen lassen, ist dem Landesamt zwar wahrscheinlich bekannt – Auskünfte dazu werden jedoch höchstens der parlamentarischen Kontrollkommission erteilt und bleiben damit streng geheim. Bis Juli 2010 gab es auf der Homepage des Hamburger Inlandsgeheimdienstes immerhin einen allgemein gehaltenen Artikel zum Thema Neue Rechte, in dem es hieß: „Zwischen dem rechten Rand des demokratischen Spektrums und dem Rechtsextremismus bestehen Schnittstellen, die von den Verfassungsschutzbehörden nicht ignoriert werden. In diesen Grenzbereichen, zu denen die sog. intellektuelle (Neue) Rechte sowie einige Burschenschaften gehören, sind einzelne Rechtsextremisten aktiv, die diese Kontakte und Verbindungen fördern.“⁹

Ob die Löschung erfolgte, weil damals Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus noch Mitglied einer schlagenden Verbindung war und kurz vor der Wahl zum Bürgermeister stand oder weil der damalige Geheimdienstchef Heino Vahldieck zu den Unterstützern einer rechten schlagenden Verbindung gehörte und schon als Innensenator in spe galt, muss an dieser Stelle offen bleiben. Dass der Hamburger IGD jedoch bei der Beurteilung von Schnittmengen und Potentialen

⁸ Siehe Markus Mohr/Hartmut Rübner: *Gegnerbestimmung – Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit“*, Münster 2010.

⁹ www.hamburg.de/echtsextremismus/231506/neue-rechte-artikel.html, inzwischen gelöscht.

im linken und rechten Spektrum des „politischen Extremismus“ sehr unterschiedlich vorgeht, offenbart ein Blick in den letzten IGD-Bericht des Landes¹⁰. Während es auf der Linken gleich drei soziale Bewegungen gäbe, welche von ExtremistInnen beeinflusst seien, nämlich im Bereich Antifaschismus, Klimabewegung und der Bewegung gegen Gentrifizierung, scheinen solche Einflussnahmen auf der rechten Seite nicht erwähnenswert.

Um das Bedrohungsszenario „Linksextremismus“ zu steigern, wurde 2010 erstmals darauf hingewiesen, dass „das Mobilisierungspotenzial der ‚Szene‘ zusätzlich mehrere Tausend Personen“ umfasst und dass „in den Zahlen Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen“¹¹ nicht enthalten sind. Dass sich in Zeiten von kapitalistischen Krisen, Erstarken von Neonazis und immer stärkerem Raubbau an der Natur auch immer mehr Menschen an Protesten dagegen beteiligen, ist für Innenbehörde und Geheimdienst kein Signal, die Politik zu verändern, sondern Anlass diese Menschen mittels der Extremismuskeule zu diskreditieren. Ein Mobilisierungs-, WählerInnen- oder Einstellungspotential auf der „rechtsextremistischen“ Seite wird vom Hamburger IGD allerdings nicht angegeben, obwohl es diesbezüglich seit der Sinusstudie über drei Jahrzehnte detaillierte quantitative Forschungsergebnisse gibt, die eine Zustimmung von 10-20 %, je nach Studie, zu extrem rechten Positionen belegen.

Wer den offiziellen Stempel „Extremist“ bekommen hat, soll gesellschaftlich isoliert und politisch diskreditiert werden, wer hingegen den Gesinnungs-TÜV besteht, kann auch auf staatliches Wohlwollen bauen. Diese Erfahrung muss auch die Partei DIE LINKE immer wieder machen.

Besonders deutlich wird dieses am Beispiel der Praxis des niedersächsischen Inlandsgeheimdienstes. Während in fast allen Bundesländern die Partei nicht der Beobachtung durch die Geheimdienste unterliegt, sie in einigen Ländern sogar an der Regierung beteiligt ist, wird sie vom Hannöverschen Innenministerium mit dem Bann des Extremismus belegt. Der regionale IGD maßt sich gar an, nicht nur Mitglieder der LINKEN in Niedersachsen, sondern gleich aus dem gesamten Bundesgebiet des Extremismus zu bezichtigen, obwohl IGD-Berichte anderer Länder da gänzlich anderer Auffassung sind. Die Begründung, warum man gerade zwischen Harz und Heide zu solchen Schlüssen kommt, sucht man allerdings vergeblich. Es sei denn, man teilt die Erkenntnis von Innenminister Uwe Schönemanns Landesamt, dass schon programmatische Überzeugungen, welche „in Grundlinien die

marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorien fortführen“, staatsfeindlich seien.¹²

Damit die reaktionären Vorgaben der niedersächsischen CDU auch bei den zukünftigen StaatsbürgerInnen ankommen, hat das Land auch als erstes so genannte „Demokratielotsen“ für geheimdienstliche Indoktrination an Schulen eingerichtet. Die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (LPB), in allen anderen Bundesländern zuständig für politische Bildung an den Schulen, hatte man, zum Unverständnis der Bundeszentrale, schon 2004 aus Kostengründen eingespart. Da es dem IGD in Niedersachsen wohl weniger an Geld und Personal mangelt, konnte der Innenminister im August 2009 verkünden, dass nun zukünftig seine MitarbeiterInnen von der NEIS, der „Niedersächsischen Extremismus-Informationsstelle“, für die staatspolitische Bildung an Schulen zuständig seien.¹³ Während es für den Bildungsauftrag der Bundeszentrale für politische Bildung und der entsprechenden Landeseinrichtungen klare rechtliche Vorgaben gibt und das Kuratorium nach Parteienproporz zusammengesetzt ist, wird der niedersächsische Geheimdienst von der CDU geführt, und ein Bildungsauftrag ist im niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz nicht aufgeführt. Trotzdem sollen die MitarbeiterInnen von NEIS nicht nur bei Kommunen, Vereinen und Parteien pädagogisch wirken, sondern auch an Schulen und in der Lehrerfortbildung. Seit Herbst 2010 bietet der niedersächsische Geheimdienst auch Multiplikatoren-Schulungen zur Fortbildung von ehrenamtlichen Demokratielotsen an.

Gemeinsam handeln

Die in Sachsen durch den mutigen Schritt des AKuBiz e.V. ausgelöste Debatte muss aufgegriffen und intensiviert werden. Dass die Familienministerin statt demokratischer Ziele vielmehr parteipolitisch, reaktionäre Ziele mit der Ausweitung der Bundesprogramme auf einen angeblich linken Extremismus verfolgt, wurde schon Anfang 2010 von führenden Politikern von SPD, Grünen und DGB-Chef Sommer kritisiert. Sebastian Edathy, SPD-Innenexperte, erklärte: „bei Frau Köhler [heute Schröder, Anm. d. R.] ist es leider aus ideologischen Gründen traurige Tradition, dass sie die Gefahr durch Rechtsextremisten unterschätzt. Bei jemandem wie Frau Köhler, die vor zwei Jahren noch die größte Gefahr in angeblich rassistisch motivierten Übergriffen von Ausländern gegen Deutsche sah, sind die Programme gegen Rechtsextremismus bestimmt in den falschen Händen.“¹⁴ Gewerkschafts-Chef Sommer verzichtete 2010 gar gleich auf eine Einladung der Mi-

¹⁰ Verfassungsschutzbericht 2009, Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, Juni 2010.

¹¹ Verfassungsschutzbericht 2009, LfV Hamburg..., S. 107.

¹² Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2009, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Hannover 2010, S. 185.

¹³ <http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/verfassungsschutz-macht-schule/>

¹⁴ Spiegel-Online 7. Januar 2010.

nisterin zum DGB mit dem Verweis auf deren fragwürdige Gleichsetzungspolitik von links und rechts.

Mittlerweile haben sich die Bundestagsfraktionen der LINKEN, der Grünen und der SPD gegen den Bekenntniszwang ausgesprochen, ein Antrag scheiterte allerdings im Bundestag an der Regierungsmehrheit. Auch der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert, in der Fraktion zuständig für Innenpolitik ging inzwischen auf Distanz zu der Extremismusformel von Christina Schröder. Und laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages sei es „verfassungsrechtlich fragwürdig“, ob man Trägern von Projekten gegen Rechtsextremismus überhaupt eine solche Bekenntnispflicht abverlangen könne.¹⁵

Anlässlich eines Aktionstages gegen die Extremismusklausel protestierten 1.500 Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen; die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus sowie die Zentralräte der Juden und der der Muslime wandten sich ebenfalls gegen die Gesinnungsschnüffelei beim Engagement gegen die extreme Rechte.

Die Schrödersche Bekenntnisformel ist allerdings nur die Zuspitzung der Extremismusklausel für politische Zwecke der schwarz-gelben Bundesregierung, eine grundsätzliche Zurückweisung der dahinter stehenden Ideologie steht noch aus. Ebenso ist es höchste Zeit, dass dem fortschreitenden Eindringen des Inlandsgeheimdienstes in zivilgesellschaftliche und pädagogische Bereiche widersprochen und ein Ende gesetzt wird.

Avanti Hamburg

FATALE GLEICHSETZUNG

Die Entsorgung des Rechtsextremismus

von Christoph Butterwegge

Die neue Bundesregierung begreift den Rechtsextremismus offenbar als bloßes Randgruppenphänomen. Ihre Gleichsetzung desselben mit Linksradikalismus und Islamismus bedeutet zugleich einen Paradigma- und Strategiewechsel. Denn laut Koalitionsvertrag sollen die bestehenden Bundesprogramme gegen den Rechtsextremismus¹ mit einem Jahresbudget von zusammen 24 Mio. Euro »unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen« in allgemeine Projekte gegen Extremismus umgewandelt werden. Dadurch werden die Gefahren des Rechtsextremismus für die Demokratie relativiert – und bei stabilem Mittelaufkommen weniger Aktivitäten dagegen finanziert.²

Zurück in die 50er Jahre?

Ins Bild passt dabei, dass der Koalitionsvertrag die »Aufarbeitung des NS-Terrors und der SED-Diktatur« im selben Atemzug nennt. Diese tendenzielle Gleichsetzung erinnert an die Totalitarismustheorie aus der Zeit des Kalten Krieges. Während der 50er und frühen 60er Jahre wurden in der Bundesrepublik alle geistig-politischen Kräfte im Kampf gegen den Kommunismus mobilisiert. Was lag da näher, als diesen unter dem Oberbegriff »Totalitarismus« mit dem Nationalsozialismus mehr oder weniger explizit gleichzusetzen? Zudem gab es für das deutsche Bürgertum keine geeignetere Konzeption, um die eigene kampflose Preisgabe der Weimarer Republik als das Resultat einer »doppelten Frontstellung« gegenüber Rechts- und Linksextremisten zu entschuldigen, die geistigen Berührungspunkte mit dem Nationalsozialismus zu verschleiern und die selbstkritische Aufarbeitung der NS-Zeit überflüssig zu machen. Außerdem bot die Totalitarismustheorie eine Möglichkeit, die Mitschuld einflussreicher Gesellschaftskreise an der »Machtergreifung« des Hitlerfaschismus, genauer: der Machtübergabe an die Nazis, zu relativieren. Die Weimarer Republik sei, so hieß es, am Zusammenspiel der Verfassungsfeinde links und rechtsaußen zugrunde gegangen. Vor allem

aber diene das Interpretationsmodell während der Ost-West-Konfrontation zugleich als innenpolitische Waffe gegen die demokratische Linke. Konservative unterstellten ihr, eine dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus wesensverwandte Herrschaft errichten zu wollen. »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau« – so ein gegen die [wahrlich alles andere als »totalitäre«] SPD gerichtetes Wahlplakat der CDU aus dem Jahr 1953.

Die Totalitarismustheorie – und die aktuellere Variante der Extremismustheorie – eskamotieren³, um partielle Gemeinsamkeiten zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus herauszustellen, deren grundlegende Wesensunterschiede.

Sicher: Gemeinsamkeiten zwischen beiden Regimen sind vorhanden; erinnert sei nur an die Praxis von Massenaufmärschen und Militärparaden, die Insignien des Führerkults, Machtritiale oder Uniformen paramilitärischer Verbände. Von zumindest gleichrangiger Bedeutung sind allerdings die Unterschiede zwischen beiden Herrschaftssystemen: »Der Rechtsextremismus strebt die Beseitigung der Demokratie, der Sozialismus jedoch die Abschaffung des Kapitalismus an«, betont Richard Stöss zu Recht.⁴ Er schlussfolgert, dass der Rechtsextremismus prinzipiell antidemokratisch, der Sozialismus aber nur dann gegen die Demokratie gerichtet sei, wenn er [im Sinne einer »Diktatur des Proletariats« oder des Politbüros einer Kommunistischen Partei] missbraucht oder pervertiert werde.

Die Anhänger von Totalitarismus- und Extremismustheorie unterschlagen noch einen weiteren gewichtigen Aspekt, nämlich dass die Regime des Kommunismus und des Faschismus nicht nur ganz unterschiedlich an die Macht gelangten, sondern auch auf ganz verschiedene, ja regelrecht gegensätzliche Weise zu Grunde gingen. Während die »rechte Spielart des Totalitarismus« 1945 nach ihrem barbarischen Angriff, Eroberungs- und Vernichtungskrieg militärisch gestürzt wurde, trat die »linke Variante des Totalitarismus« 1989/90 trotz der Verfügung über ein riesiges Gewaltpotential

¹ »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« sowie »Kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus«.

² Im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung sollen zu den vorhandenen 24 Mio. der bestehenden Programme gegen Rechts zusätzlich 2 Mio. Euro bereitgestellt werden explizit gegen linksradikale Ansätze.

³ eskamotieren = etwas stibitzen bzw. geschickt verschwinden lassen, wegzaubern, wegmanipulieren. Französisch: escamoter »beseitigen«, »stibitzen«.

⁴ Richard Stöss, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.



Extrem gewalttätig: Nazis in Ungarn bei einem der größten regelmäßigen Aufmärsche in Osteuropa.

ab, ohne den geringsten militärischen Widerstand zu leisten [wenn man von Rumänien absieht].

Eine fatale Gleichsetzung

All diese wichtigen Unterschiede verwischt nun die schwarzgelbe Koalition bis zur Unkenntlichkeit. Dass sich die neue Bundesregierung erneut auf die ausgetretenen Pfade der Totalitarismus- und, aktueller: der Extremismustheorie begibt, hat primär politisch-strategische Gründe. Denn auf diese Weise maßt sich eine fiktive »politische Mitte« an, konkurrierende Positionen links und rechts von ihr als »undemokratisch« zu stigmatisieren und so vom demokratischen Diskurs auszugrenzen.

Christoph Kopke und Lars Rensmann weisen darauf hin, dass Vertreter der Extremismustheorie die »Mitte« normalerweise dort verorteten, wo sie selbst stehen – obgleich sie oft selbst fest im rechten, nationalkonservativen Milieu verwurzelt seien: »Die Extremismus-Theorie läuft [...] im Kern auf nichts anderes hinaus als auf die Rehabilitation eines undemokratisch verselbstständigten Staates, dem praktisch jedes Mittel recht ist und der jenseits der selbst definierten ‚politischen Mitte‘ niemanden duldet.«⁵

Und in der Tat weisen die Arbeiten beispielsweise des

Chemnitzer Politikprofessors Eckhard Jesse entsprechende analytische Schwachstellen auf. So lehnt es Jesse ab, die geistigen Hinter- und Beweggründe für Unterdrückungsmaßnahmen eines totalitären Regimes auch nur zu erörtern: »Das Opfer totalitärer Mechanismen muss eine solche Differenzierung – Kommunismus als Deformation einer an sich guten Idee – als sophisticated, wenn nicht zynisch empfinden, ganz abgesehen davon, dass Ziele und Mittel vielfach ineinander übergehen.«⁶ Freilich ist die von Jesse verabsolutierte Opferperspektive wenig geeignet, ein sachliches und fachlich qualifiziertes Urteil zu fällen. Aus guten Gründen sitzen unabhängige Richter und eben nicht unmittelbar Betroffene über mutmaßliche Straftäter zu Gericht. Was aber im Strafprozess selbstverständlich ist, nämlich die Herkunft und Motive eines Angeklagten zu würdigen und nicht nur das Resultat der inkriminierten Handlung, sollte auch eine Grundvoraussetzung für die wissenschaftliche Bewertung von Parteien, Bewegungen und Herrschaftssystemen sein.

Folglich versucht Jesse auch, eine Konvergenz zwischen der Linkspartei, die er als »weiche Spielart des Extremismus«, und der NPD, die er als »harte Variante des Extremismus« charakterisiert, nachzuweisen. Sein Argument lautet, dass beide Parteien die Systemfrage

⁵ Christoph Kopke und Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: »Blätter«, 12/2000, S. 1455.

⁶ Eckhard Jesse, Der Totalitarismus-Ansatz nach dem Zusammenbruch des real-existierenden Sozialismus, in: »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«, 11/1991, S. 984.

stellten.⁷ Ausgerechnet der schon zu DDR Zeiten aufmüpfige Linkspartei-Vorsitzende Lothar Bisky muss mit dem Ausspruch »Wir stellen die Systemfrage« als Bürgerschreck herhalten, damit Jesse seine »Argumentation« zu »belegen« vermag. Dabei übersieht er freilich, dass Linke und Rechte unter »System« etwas völlig Verschiedenes verstehen: nämlich einerseits den Kapitalismus und andererseits die Demokratie.

Die regierungsoffiziell wiederbelebte Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus ist noch aus einem anderen Grund absurd: Denn während Personen aus freiem Willen aufhören können, Mitglieder der »herrschenden Klasse« zu sein, muss jemand, der aus Sicht der Rechtsextremen einer »falschen« Rasse angehört, tagtäglich befürchten, tötlich angegriffen oder gar getötet zu werden.

Sogar das Bundesverfassungsgericht widersprach jüngst implizit einer platten Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus, als es am 17. November 2009 in seinem Urteil zu den Gedenkmärschen für den »Hitler-Stellvertreter« Rudolf Heß die Strafvorschrift der Volksverhetzung rechtfertigte, welche die konkrete Meinungsfreiheit jener einschränkt, die die NS-Gewaltherrschaft rechtfertigen und verherrlichen.

Letztlich kaschieren Extremismus- und Totalitarismustheorien, dass die parlamentarische Demokratie weniger von den politischen Rändern als von den Eliten selbst bedroht wird, die ihre Privilegien durch Massenproteste gefährdet sehen und ihre Gegner als »Extremisten« brandmarken, um sie bei unentschiedenen Dritten in Misskredit zu bringen. Diese Theorien erklären wenig und vernebeln zudem das, was wichtig ist, um die genannten Phänomene mit Erfolg bekämpfen zu können: die sozialökonomischen Entstehungsursachen sowie das Wesen und die Wurzeln von Rechtsextremismus, Faschismus und gewalttätigem Neonazismus. Selbst politische Ziele und Motive der Personen, die als »Extremisten« [oder »Fundamentalisten«] etikettiert werden, bleiben auf diese Weise nebulös. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, warum eine politische Strömung entsteht, wogegen sie aufbegehrt, welche Interessen sie vertritt und welche Mittel sie sich dabei bedient.

Die Bundesregierung begibt sich mit ihrer Referenz an die These der »Extremisten von links und rechts« schnurstracks zurück in die ideologischen Schützengräben des Kalten Krieges. Das ist besonders deshalb bedauerlich, weil dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus auf diese Weise entscheidende finanzielle Ressourcen entzogen werden und seine Legitimation systematisch untergraben wird.

*aus: Blätter für deutsche und internationale Politik
www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/januar/
dieentsorgungdesrechtsextremismus*

Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität zu Köln.

⁷ Vgl. ders., »Extremistische Parteien« – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? In: APuZ, 47/2008, S. 9; vgl. auch Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008. Eine weitere Spielart markiert in diesem Kontext die Populismusthese; vgl. Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus, in: ders. und Gudrun Hentges [Hg.], Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen und Farmington Hills 2008, S. 51 ff.

MIT ANTIDEMOKRATISCHEN MASSNAHMEN DIE DEMOKRATIE SCHUETZEN?

EIN KOMMENTAR von Melanie Gross

Es mutet paradox an, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung antritt, um demokratische Prinzipien zu schützen. So sollen antirassistisch ausgerichtete Projekte, die staatliche Förderung erhalten, eine Anti-Extremismuserklärung unterzeichnen, mit der sie ihre eigene Verfassungstreue sowie die ihrer Kooperationspartner_innen bestätigen. Dafür sollen u.a. Verfassungsschutzberichte als Informationsquelle herangezogen werden. In der Folge bedeutet ein solcher Akt nicht nur die Notwendigkeit künftigen und gegenwärtigen Partner_innen systematisch zu misstrauen, sondern auch die Unterstellung, selbst nicht nach Prinzipien des Grundgesetzes zu agieren. Für eine demokratische Gesellschaft ist dieses Vorgehen mehr als bedenklich, denn sie setzt die Unschuldsvermutung gegenüber Bürger_innen und antirassistischen Projekten außer Kraft und verlangt zudem die Überwachung Dritter.

Diese Maßnahme ist allerdings nur ein Mosaikstein in einem größeren Diskurs, den wir seit einigen Jahren erleben. Meines Erachtens sind derzeit zwei Diskurse besonders wirkmächtig, deren Überschneidung sich in dem Bekenntniszwang zur Demokratie artikuliert: Dies sind zum einen dominante Sicherheitsdiskurse und zum anderen Extremismuskurse. Auf beide Diskursstränge und deren Wechselwirkung werde ich im Folgenden eingehen und anschließend ein Fazit ziehen, in dem ich auf die Relevanz der Anti-Extremismuserklärung für die Soziale Arbeit verweise.

Sicherheitsdiskurse

Die Prinzipien der Unschuldsvermutung sind durch dominante Sicherheitsdiskurse spätestens seit 2001 immer stärker außer Kraft gesetzt worden: Es gilt immer mehr der Duktus, dass wer nichts zu verbergen habe, sich ja schließlich auch überwachen lassen könne – wer dem widerspricht, macht sich grundsätzlich verdächtig. Welche Folgen für die Freiheit der Bürger_innen durch solche staatlichen Maßnahmen provoziert werden, wird wenig bis gar nicht öffentlich diskutiert. Das Foucaultsche Panoptikum (Foucault 1976) wird immer realer und mit ihm auch die Disziplinierung

der Subjekte zu einem normkonformen und möglichst unauffälligem Verhalten. Sei es auf U-Bahnhöfen, in Supermärkten oder auf öffentlichen Plätzen – die Anwesenheit von Überwachungskameras ist längst Alltag geworden. Ihre Anwesenheit verändert die Handlungen von Subjekten, die ungerne dabei gefilmt werden möchten, wie sie beispielsweise jemanden küssen oder in der Nase bohren – so profan diese Beispiele auch erscheinen mögen, sie werden zu einem Teil eines latenten Gefühls permanent beobachtet zu werden. Zugleich haben sie sich mitnichten als Straftaten vermeidend bewähren können, obwohl genau dies das Argument ihrer flächendeckenden Installation gewesen ist. Aber das ist nur eine Seite der Medaille, denn übersehen wird häufig, dass die Subjekte schließlich den je amtierenden Regierungen und Strafverfolgungsbehörden als unverdächtig zu erscheinen haben. Dabei wird neben dem Generalverdacht gegen die Bürger_innen gleichzeitig die Staatsmacht als per se demokratisch und freiheitlich imaginiert – bar jeder Kritik erscheint sie als grundsätzlich unverdächtig. Undenkbar scheint die Gefahr, dass westliche Staatsmächte wie die BRD gesammelte Daten beispielsweise gezielt gegen kritische Bürger_innen einsetzen könnten, um sie und ihre gesellschaftskritischen Äußerungen zu desavouieren und zu kriminalisieren. Ein erstaunlicher Umstand angesichts deutscher Geschichte.

Es ist entsprechend wenig verwunderlich, dass die Verweigerung der Unterschrift unter die Anti-Extremismuserklärung der Bundesregierung als alarmierend bezeichnet und mit der Ablehnung des Grundgesetzes gleichgesetzt werden: „Wer eine solche Erklärung als unzumutbar empfindet, entlarvt sich selbst.“¹ So reagiert der sächsische Innenminister Ulbig auf die Ablehnung des Demokratiepreises durch AKUBIZ, die die geforderte Unterschrift unter die Erklärung wieder zurückgezogen hatten und die Annahme des Preises unter solchen Voraussetzungen verweigerten. Die Initiatorin der Erklärung Familienministerin Schröder wird mit den Worten zitiert, dass Kritiker_innen sich selbst „demaskieren“ würden.² Sie will die Erklärung bundesweit zur Bewilligungsgrundlage für Förderanträge

¹ <http://www.sachsen.de/medien/news/158891> (Medieninformation des Innenministeriums vom 10.12.10, abgerufen am 12.12.10).

² <http://www.welt.de/politik/deutschland/article10092849/Schroeder-verdirbt-es-sich-mit-Initiativen-gegen-Rechts.html> (Schröder im Gespräch mit Welt Online vom 05.10.12, abgerufen am 12.12.10) <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/rebellion-gegen-kristina-schroeder/> (taz vom 14.11.10, abgerufen am 12.12.10).



**WHAT ARE
YOU
LOOKING AT?**

Extrem überwacht: Mit der Extremismusklausel wird die Unschuldsvermutung gegenüber antirassistischen Projekten außer Kraft gesetzt

machen, die ab 2011 Mittel aus dem Programm „Toleranz fördern – Kompetenzen stärken“ beantragen. Kritik an der Maßnahme wird auf diese Weise selbst als verdächtig bezeichnet, antidemokratisch und extremistisch zu sein.

Extremismuskurse

Der zweite Diskursstrang, der mit der Anti-Extremismuserklärung verwoben ist, ist der Extremismuskurs. Durch die aktuelle Politik werden insbesondere zwei Positionen vertreten, die wissenschaftlicher Überprüfung zwar nicht standhalten würden, jedoch ausgesprochen schnell ihre Wirkung entfalten: Zum einen ist das die Behauptung, dass rechtes Denken an sogenannten extremistischen Grenzen zu verorten sei, das sich von einer demokratischen Mitte grundsätzlich unterscheiden ließe. Dass dies so nicht ist und rechtes Denken vielmehr auch in der sogenannten Mitte weit verbreitet ist, hat unlängst eine breit angelegte repräsentative Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung nachgewiesen (Decker u.a. 2006, 2010). Dennoch hält sich die

Rede von extremistischen Außenrändern der deutschen Demokratie hartnäckig – so wird die Frage, ob rechtes Denken in der BRD konstitutiv für die Durchsetzung z.B. bestimmter nationalstaatlicher Interessen (Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sowie Abschiebepolitik, rassistische Zuschreibungen zur Regulierung der Erwerbsarbeit etc.) sein möge, weder gestellt noch diskutiert.

Gleichzeitig erleben wir von staatlicher Seite zum anderen eine Ausweitung des Extremismusbegriffs auf linke gesellschaftskritische Perspektiven, die nun mit faschistischen und rassistischen Gruppierungen gleichgesetzt werden. Dies vertritt insbesondere die Familienministerin Schröder, die dadurch nicht nur gerade solche Initiativen in Misskredit bringt, die immer wieder auf antidemokratische Tendenzen hinweisen. Zugleich dient die Ausweitung des Extremismusbegriffs von rechtsextrem auf linksextrem auch eine Einsparung öffentlicher Gelder im Kampf gegen rechte Initiativen und Gruppierungen. Das ist in Zeiten, in denen in der BRD alarmierend viele Menschen u.a. der

³ <http://library.fes.de/cgi-bin/populo/digbib.pl> (Digitale Bibliothek der Friedrich Ebert Stiftung, hier sind alle vier Studien aus den Jahren 2006, 2008 und 2010 online als PDF-Dateien abrufbar, abgerufen am 12.12.10)

⁴ <http://www.petitiononline.de/petition/wer-sich-gegen-rechtsextremismus-engagiert-macht-sich-verdaechtig-aufruf-gegen-generalverdacht-und-bekennniszwang/160> (Aufruf gegen den Bekenntniszwang zur Demokratie, aufgerufen am 12.12.10)



Extrem undurchsichtig: Der IGD veröffentlicht Informationen, deren Herkunft nicht offen gelegt wird.

Einschränkung von Grundrechten, wie beispielsweise der Religionsausübung von Menschen muslimischen Glaubens, zustimmen (vgl. Decker u.a. 2006, 2010) nicht nur paradox, sondern meines Erachtens auch gefährlich.

Fazit

Die Verwobenheit des Sicherheits- und Extremismuskurses wird deutlich in der Forderung nach der Unterschrift unter die Anti-Extremismuserklärung: Wer nichts zu verbergen hat, könne ja schließlich unterschreiben und selbstverständlich im Sinne der Demokratie auch seine Kooperationspartner_innen überwachen. Wird die Unterschrift von linken Projekten verweigert bedeutet dies nicht, dass die Überwachung möglicherweise antidemokratisch ist, sondern es kann anscheinend nur bedeuten, dass das Projekt selbst linksextrem und damit antidemokratisch sei. Eine solche Argumentationskette könnte m. E. antidemokratischer nicht sein. Sie rechtfertigt Überwachung und Bespitzelung und verdächtigt antirassistische Projekte als potentiell kriminell.

Eine solche von mir skizzierte Analyse beider Diskurse ist derzeit nicht nur für politische Debatten notwendig, sondern auch für die Soziale Arbeit hoch relevant. Opferberatungsstellen, Jugendarbeit, Projekte politischer Bildung und viele weitere Einrichtungen und Initiativen sind von dem Zwang zur Erklärung betroffen. Sobald sie Förderanträge für ihre Arbeit stellen, werden

sie zur Unterschrift aufgefordert werden. Die Soziale Arbeit wird sich der Diskussion stellen müssen, wie sie mit dieser politischen Maßnahme umgehen wird. Derzeit haben bereits etwa 1.000 Wissenschaftler_innen und Einrichtungen sich öffentlich gegen die Erklärung positioniert und die Unterzeichnung mit dem Hinweis abgelehnt, „Gesinnungserklärungen“ zu verweigern und „betroffene KollegInnen, Initiativen“ dazu aufgerufen, diese „Bekennnismutungen prinzipiell abzulehnen.“ Inwieweit diese kollektive Erklärung in Zeiten des Finanzierungsdrucks für Projekte Sozialer Arbeit standhalten können bleibt abzuwarten – eine breite Diskussion ist allerdings somit eröffnet.

Melanie Groß ist Professorin für Erziehung und Bildung an der Fachhochschule Kiel.

Literatur

- Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin/Bonn
- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin/Bonn
- Foucault, Michel (1976): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt a.M.

DAS FÜRCHTEN GELEHRT

Das Extremismus-Schema, das die Demokratie schützen soll, erweist sich als demokratiegefährdend

von Alex Demirovic und Paulina Bader

Das Extremismus-Schema ist eine jener politischen Technologien, die einen immer wieder in Erstaunen über ihr Beharrungsvermögen und in Bewunderung für ihren Variationsreichtum versetzen können. So viele Male widerlegt, behauptet es sich und taucht in immer neu-alten Spielarten in der politischen Auseinandersetzung auf. So hatten in der Schweiz im vergangenen November [Anm.d.Red.: 2009] 57 Prozent der Wähler einem Volksentscheid zugestimmt, der den Bau von Minaretten verbietet. Vermutet wurde, dass vor allem linke Feministinnen diesen Entscheid herbeigeführt hätten. Es erwies sich in der Nachbetrachtung, dass es vor allem die Wähler der Rechten und der Mitte waren. Aber, wie die Presse betont, es handele sich nicht um Fremdenfeindlichkeit, weltoffene Bürger hätten ein symbolisches Zeichen gegen die Verbreitung des Islam setzen wollen. Weil es die Mitte ist, kann es nicht fremdenfeindlich sein, und wenn es Rassismus ist, wird es nicht so genannt, weil es sich um eine Einstellung der Mitte handelt. Auch die britische Regierung erweist sich als erfinderisch bei der Anwendung des Extremismus-Schemas. Nach Maßgabe eines internen Anleitungsbuchs über Extremismus werden Klimaaktivisten und Umweltschützer in derselben Kategorie wie Rechtsextreme und Al-Qaida-Mitglieder bzw. -Sympathisanten geführt. In Kopenhagen¹ war es möglich, die vielen Zehntausenden, die für das Wohl der Menschheit eintraten und dafür, dass die Regierungen nun endlich einmal die lange beschworenen entschei-

denen Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise ergreifen würden, als extremistische Gewalttäter hinzustellen und entsprechend zu drangsalieren.

Konstruierte Normalverteilung

In Deutschland wird die Konstruktion der politischen Normalverteilung uneinsichtig immer wieder verwendet. Die Mitte inszeniert sich als demokratisch und politisch korrekt, die Bedrohung der Demokratie gehe von den Seiten zur linken und zur rechten aus, gleichsam gerecht müssten beide abweichenden Strömungen bekämpft werden. Allerdings gibt es historisch allen Grund, es anders zu betrachten.

Nationalsozialisten und die SA, die mit Gewalt auf der Straße den Bürgerkrieg inszenierten, wurden vom Bürgertum im Namen von Ruhe und Ordnung gestützt, Hitler von den christlichen und liberalen Abgeordneten der Mitte ermächtigt. Beschönigt wird, wie die Mitte so mit der Demokratie umspringt: mehr Deziision² wird gefordert, eine Einschränkung des Wahlrechts angemahnt, von oberster Stelle für die Verlängerung der Legislaturperioden der Parlamente plädiert, staatsstreichähnliche Notstandsmaßnahmen bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise praktiziert.

Gegen jeden Befund

Die Mühe der alltäglichen Auseinandersetzungen mit Rechten wird seit vielen Jahren in den Jugendzentren, den Stadtteilen, den Schulklassen von linken und An-

¹ Vom 7.12.2009 – 18.12.2009 fanden in Kopenhagen massive Proteste und Gegenaktionen anlässlich des dort anberaumten UN-Klimagipfels statt.

Nazis blockieren ist unser Recht!



Extrem wichtig: Widerstand gegen Nazis immer und überall!

tifa-Gruppen übernommen. Gegen jeden sozialwissenschaftlichen Befund werden die ihnen angehörigen Individuen immer wieder verdächtigt, die Demokratie zu bekämpfen. Demgegenüber kann sich die bürgerliche Mitte allenfalls gelegentlich zu einer offiziellen Aktion der »Zivilcourage« aufraffen: an einem Sonntag, zum Feierabend, von Polizei geschützt, um die Oberbürgermeisterin geschart, eine Kerze in der Hand. Im Hintergrund der versammelten Zivilgesellschaft bringt die Polizei unterdessen den Angehörigen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und AntifaGruppen die Demokratie bei, indem sie diese durch die Straßen hetzt, einkesselt, ein bisschen zusammenhaut. Auch einige derjenigen, die prekär beschäftigt in den Programmen gegen Rechtsextremismus die Demokratie verteidigen, mit Gewalt und Mord von Rechten bedroht, von Politikern und Medien angefeindet – sie werden von der frisch inaugurierten Ministerin Kristina Köhler [Anm.d.Red.: jetzt Schröder) unter Verdacht gestellt, Mitglieder getarnter linksextremer Organisationen zu sein. Da es keine guten Extremisten gäbe, so ihre promovierte Weisheit, müssten deswegen die Programme zur Extremismusprävention neu konzipiert werden und würden sich auch gegen »Linksextreme« wenden. Die Zahl der Delikte wird verglichen, nicht gefragt wird, um welche Delikte es sich handelt und wie sie auf die politische Kultur der Demokratie wirken.

Unter den Verdacht, zu den Linksextremisten zu gehören, fällt man dann schnell. Die Repräsentanten der Demokratie wenden sich gegen jene, die mit Mut und Verstand die Demokratie hüten und sie verwirklichen wollen. Die Protestinitiativen gegen den größten Naziaufmarsch Europas, der seit Jahren am 13. Februar 2010 in Dresden veranstaltet wird, werden kriminalisiert. Das bundesweite »Bündnis Nazifrei – Dresden stellt sich quer« will verhindern, dass Tausende bekennende Rechtsradikale in Dresden demonstrieren, und hat deswegen zu Sitzblockaden aufgerufen. Das Spektrum der Unterstützer reicht von Gewerkschaften und Parteien über globalisierungskritische und kirchliche

Gruppen, Teile der Friedens und Umweltbewegung bis hin zur radikalen Linken.

Was können das für Straftaten sein?

Man sollte denken, dass eine solche Konstellation die Rede vom Extremismus zum Verstummen bringt. Doch da sorgen der demokratische Rechtsstaat und seine Vertreter vor. Am 19. Januar 2010 wurden Razzien im Dresdener Infobüro des Bündnisses in der Landesgeschäftsstelle der Linkspartei und im Berliner Antifa-Laden »Red Stuff« durchgeführt und Mobilisierungsmaterial beschlagnahmt. Das Plakat »Gemeinsam Blockieren« rufe zu einer Straftat auf, ließ die Staatsanwaltschaft Dresden verlauten. Das Recht auf ein angekündigtes »Probesitzen« musste das Bündnis »Dresden Nazifrei« in einem Rechtsstreit mit der Stadt Dresden vor dem sächsischen Obergericht erstreiten.

Was könnten das für Straftaten sein, wenn mit öffentlich angekündigten und zivilen Mitteln Menschen für die Demokratie, für Gleichheit, Freiheit, für Menschenrechte, gegen Rassismus eintreten? Wie so oft wird mit rechtsstaatlich-polizeilichen Argumenten gegen die Rechten ebenso wie gegen die Linken und die Befürworter der Demokratie argumentiert. Alle werden wie die Kinder bei der Verteilung des Geburtstagskuchens behandelt: jeder bekommt das gleiche Stück Verbot ab. Seit Carl Schmitt³ freut sich die Rechte darüber, dass mit jeder ihrer Aktivitäten der liberale Rechtsstaat, weil er es nicht besser weiß und nicht besser kann, die Freiheitsrechte für alle einschränken muss – auf diese Weise instrumentalisiert sie Staatsanwälte, die nicht anders zu denken gelernt haben als rechtlich und den Rechtsstaat mit der Demokratie verwechseln, und gewinnt immer.

Mit Verweis auf einen drohenden „polizeilichen Notstand“ hatte die Dresdner Stadtverwaltung erstmals alle Aufmärsche am 13. Februar verboten und nur eine Kundgebung der Nazis an einem festen Standort zugelassen. Darüber hinaus wurde das Versammlungs-

² Entscheidung; Entschlossenheit bei Beschlüssen

³ gest. 7.4.1985; rechtskonservativer Staatsrechtler und politischer Philosoph. Ein in rechten und konservativen Kreisen vielzitatierter Staats- und Völkerrechtler des 20. Jahrhunderts. Er kompromittierte sich schwer als »Kronjurist des Dritten Reiches« und als »geistiger Quartiermacher« des Nationalsozialismus.

gesetz verschärft, das nun Umzüge in der historischen Altstadt und um die Frauenkirche untersagt und dort Ruhe sichern soll. Letztlich wurde das Demonstrationsverbot jedoch vom Oberverwaltungsgericht wieder einkassiert. Die Richter argumentierten, die Stadt Dresden hätte einen polizeilichen Notstand nicht glaubhaft dargestellt. Das linke Bündnis hat lediglich Kundgebungsorte rund um den Hauptbahnhof angemeldet. Da die rechtsstaatliche Verfolgung derjenigen, die für Demokratie eintreten, befremdlich genug ist, werden diese eben in den Rang von Extremisten erhoben. Die Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) hofft, dass sich die Stadt zukünftig ohne Extremisten an die Bombardierung 1945 erinnern kann. Es wäre den Dresdener Bürgern eher zu wünschen, sich daran zu erinnern, dass ihre Stadt zerstört wurde, weil viele ihrer Vorfahren brave Bürger waren, »Extremisten der Mitte«, die nicht für die Demokratie eintraten.

Angeekelt aus der Distanz

Das Extremismus-Schema, das die Demokratie schützen soll, erweist sich als demokratiegefährdend. Diejenigen, welche die gegenwärtige Form der Demokratie für unzureichend halten, werden als Extremisten mit den Rechten gleichgesetzt und von den braven Demokraten geschieden. Diese werden erleichtert zur Kenntnis nehmen, dass sie sich besser nicht für die Demokratie einsetzen. Leicht angeekelt können sie aus der Distanz auf das Schauspiel der »Extremisten« schauen. Demgegenüber wird denjenigen, die für Freiheit, Gleichheit und Solidarität mit den Mitteln des offenen und öffentlichen Protests und des zivilen Ungehorsams eintreten, das Fürchten gelehrt und mit den Mitteln hoheitlicher Gewalt beigebracht, dass nicht die Bürger, sondern der Staat entscheidet, was Demokratie und wer ein guter Demokrat ist. So muss man sich fragen, was wir in unserer Gesellschaft gerade treiben, wenn diejenigen, die bereit sind, mit Leib und Leben, mit ihren häufig knappen Ressourcen für das demokratische Gemeinwohl einzutreten, damit rechnen müssen, be-

schimpft und beleidigt, von der Staatsanwaltschaft verfolgt, von der Polizei im Namen der Demokratie zusammengeschlagen, schließlich mit denjenigen auf eine Stufe gestellt zu werden, die den rassistischen Massenmord und den Expansionskrieg, den der deutsche Staat vor nur wenigen Jahrzehnten organisiert hat, verteidigen und verherrlichen – anstatt dass ihnen von öffentlicher Seite alle moralische und materielle Unterstützung gewährt wird. Am Ende krankt die Demokratie daran, dass es überhaupt noch notwendig ist, Lebenszeit dafür zu geben, die Demokratie zu verteidigen. Das ist nicht denen vorzuwerfen, die es tun.

Aus: der Freitag 12. 02. 2010

Alex Demirovic ist Gastprofessor für Politikwissenschaften an der Technischen Universität Berlin.

Paulina Bader ist Studentin der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin

WIR SIND ALLE DRESDEN NAZIFREI!

Solidaritätserklärung mit dem Bündnis

Am 19. Februar 2011 verhinderten 20.000 Menschen den Aufmarsch von Neonazis in Dresden. Der geplante Großaufmarsch konnte nicht nur, wie im letzten Jahr, gestoppt werden – die Nazis schafften es teilweise nicht einmal, zu ihrem Versammlungsort zu gelangen. Die Neonazis haben eine empfindliche Niederlage in dem von ihnen ausgerufenen „Kampf um die Straße“ hinnehmen müssen. Dieser Erfolg ist durch eine spektrenübergreifende Mobilisierung, die Entschlossenheit tausender AktivistInnen und eine intensive Vorbereitung ermöglicht worden.

Der bittere Nachgeschmack...

Am Abend des 19. Februar stürmten Sondereinheiten der Polizei das „Haus der Begegnung“ in Dresden. Türen wurden aufgebrochen, 20 Personen mehrere Stunden festgenommen, Computer und Mobiltelefone beschlagnahmt. Eine Privatwohnung und ein Anwaltsbüro wurden ebenfalls durchsucht. In dem Gebäude befanden sich auch Engagierte des Bündnisses, die sich an diesem Tag um die Pressearbeit kümmerten. Die Polizei erklärte, Telefonüberwachungen hätten sie an diesen Ort geführt. Inzwischen ist klar: Eine Ermittlung nach §129 „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ läuft gegen das Bündnis „Dresden Nazifrei“. Mit Telefonüberwachung, Observationen und Sondereinheiten gegen ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, das von Gewerkschaften und Parteien bis zu Antifagruppen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen reicht. Angesichts des brutalen Polizeieinsatzes tagsüber sprach der Vizepräsident des Bundestages, Wolfgang Thierse, von einer eigenartigen „Sächsischen Demokratie“. Was hätte er wohl nach diesem Akt polizeilicher Willkür gesagt? Im Februar 2011 forderte die sächsische NPD ein Verfahren nach §129 gegen „Dresden Nazifrei“. Bereits seit Oktober 2010 ermittelte offensichtlich das LKA Sachsen ganz im Sinne der Neonazis. Wir fordern die Einstellung der Ermittlungsverfahren, eine unabhängige Untersuchung der gewaltsamen Durchsuchung des „Haus der Begegnungen“ und die Feststellung der Unrechtmäßigkeit der Polizeiaktion. Und es geht weiter: Wir sind alle „Dresden Nazifrei!“ Wir erklären uns weiterhin solidarisch mit allen, die einen der größten Neonaziaufmärsche Europas

verhindert haben. Im Januar 2010 haben die Razzien der Staatsanwaltschaft gegen „Dresden Nazifrei“ zu einer ungeahnten Welle der Solidarisierung geführt. Am Ende stand die erstmalige Verhinderung von Europas größtem Neonaziaufmarsch. In diesem Jahr versucht die Staatsanwaltschaft, ein breites gesellschaftliches Bündnis als „kriminelle Vereinigung“ zu verunglimpfen. Wir hoffen auf eine weitere breite Solidarisierung, um diesen absurden Versuch ins Leere laufen zu lassen, am Ende werden wir Europas größten Naziaufmarsch gemeinsam Geschichte werden lassen!



warum sind Nazis heute gegen „Kapitalismus“
was macht die neonazistische NPD in den Parlamenten
wie sieht die Strategie der kommunalen Verankerung aus
warum streiten sich Nazis eigentlich über den Islam
was sind die Themen der so genannten Neuen Rechten
wie ist die Rechte im Ausland organisiert

DER RECHTE RAND

MAGAZIN VON UND FÜR
ANTWORTEN ANTIFASCHISTINNEN
bietet die antifaschistische Zeitschrift DER RECHTE RAND

Auf 32 Seiten berichtet das Magazin alle zwei Monate über rechte Demokratinnen mit rassistischen Ansichten, revancharische Vertriebene, diskursorientierte völkische Zeitungsprojekte, jungkonservative Zirkel, parteipolitische Aktivistinnen, neo-nationalsozialistische Kameradschaften und die Verherrlichung des Nationalsozialismus.

alle zwei Monate ins Haus - Infos und Bestellung unter www.der-rechte-rand.de

Anzeige

EIN GARTEN VOLLER BOECKE

Bericht aus dem kleinen Grenzverkehr zwischen Konservativen und Vertretern der Neuen Rechten

von Florian Back

Am Kampf um die Deutungshoheit von Begrifflichkeiten, wie Rechtsextremismus und Antisemitismus, beteiligen sich Konservative sowie Vertreter der „Neuen Rechten“. Ein Bericht aus dem kleinen Grenzverkehr am Beispiel der neuen CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Schröder [ehemals Köhler].¹

Vom Rand zur Mitte der Gesellschaft

Im Februar 2009 hatte auch die israelische Öffentlichkeit die Gelegenheit, Einblick in das Weltbild der Kristina Schröder zu nehmen. Zumindest die Leserschaft der „Jerusalem Post“ konnte von der Wiesbadener

CDU-Bundestagsabgeordneten und jetzigen Ministerin erfahren, wie es in Deutschland um den Antisemitismus bestellt ist.² Die israelischen Leser erfuhren dort nichts von der erneut steigenden Anzahl deutscher Rechtsextremisten³; nichts von den 138 von Neonazis Ermordeten seit der deutschen Wiedervereinigung⁴; nichts davon, dass in Deutschland im Schnitt wöchentlich ein jüdischer Friedhof mit rechtsextremen Parolen geschändet oder zerstört wird.⁵ Nein, Kristina Schröder hat andere Botschaften und verlässt sich dabei nicht auf Statistiken, sondern auf ihr rechtes Bauchgefühl. Und das sagt ihr vor allem eins: Die Hauptgefahr antise-



Extrem herzlich: Willkommensgruß anlässlich des Naziaufmarsches zum 13. Februar 2009.

¹ Zum Zeitpunkt des Entstehens des Artikel hieß Frau Schröder noch Köhler. Zum besseren Verständnis haben wir in dieser Version den Nachnamen aktualisiert.

² Jerusalem Post, 15.02.09.

³ Frankfurter Rundschau, 14.12.08; Frankfurter Rundschau 18.3.09.

⁴ www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/tod | 9.04.09.

⁵ www.amadeuo-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/gegen-auslaendische | 19.04.09.



Extrem antidemokratisch: Gedenken anlässlich des 28. Todestags Francos in Madrid im November 2003.

mitischer Bedrohung liegt bei extremen Moslems und antisemitischen Linken. Das Ziel ihres publizistischen Angriffs ist das „Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung“ unter der Leitung von Wolfgang Benz. Diese Einrichtung nämlich, so Schröder weiter, nimmt den Antisemitismus von Linken und Moslems nicht ernst genug und kümmere sich nur um die Rechten, die aber gar nicht mehr entscheidend wären.

Szenenwechsel: Im deutschen Bundestag findet 2007 eine aktuelle Stunde zum Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus statt. Am Rednerpult steht Monika Lazar, Sprecherin der Grünen in Sachen Rechtsextremismus. Sie referiert über die Rechtsextremismusstudien der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ und die Studienreihe „Deutsche Zustände“ des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung. Beide empirischen Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass rechtsextremistische Wertvorstellungen fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sind – dort, wo auch der historische Faschismus einst herkam. Diese Rede wird von Kristina Schröder mehrfach unterbro-

chen. Zuerst pickt sie sich ein Item⁶ aus dem Fragebogen der Ebert-Studie „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland heraus und fragt theatralisch: Ist man ein Rechtsextremist, wenn man diese Frage mit ja beantwortet?“

Frau Schröder – selbst Soziologin – wird wissen, dass eine sozialemprirische Untersuchung selten aus nur einer Frage bzw. einem Item besteht. Wichtig ist es ihr auch anzumerken, dass es ja noch andere wissenschaftliche Meinungen zu dieser Thematik gäbe.⁷ Wen sie damit meint, ist nicht so schwer zu erraten: Es sind die Meinungen der beiden Extremismusforscher Eckehard Jesse [Chemnitz] und Uwe Backes [Dresden], geistige und praktische Nachfolger des inzwischen auch bei Neonazis auftretenden Professors Dr. Hans-Hellmuth Knütter, in dessen Schriften die bürgerliche Mitte geschützt werden muss – und zwar vor allem vor Linken, »die den Antifaschismus zum eigenen Überleben nutzen, wie auch die jüdischen Gemeinden in Deutschland«.⁸

Artikel wie Bundestagssituation verweisen auf Ähnliches: Kristina Schröders Ablehnung aller Linken und vor allem dann, wenn diese sich mit Rechten beschäftigen. Sie gefällt sich in der Rolle der rechten Wadenbeißerin – wobei sie oft daneben schnappt, da sie in ihren Argumentationen der ideologischen Geschwätzigkeit meist den Vorlass vor objektiven Zahlen oder sozialwissenschaftlichen Beweisketten gibt. Da kann es auch mal Ärger mit den eigenen Quellen geben. Begeistert und agitiert vom rassistischen Wahlkampf Roland Kochs 2007/2008 zitierte sie aus einer Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer, in der angeblich belegt wurde, dass Jugendliche Deutsche angreifen, weil diese deutsch seien. Man hätte es also mit einem deutschenfeindlichen Rassismus zu tun. Daraufhin musste selbst der Wissenschaftler die Kollegin Schröder darauf hinweisen, noch einmal nachzulesen, weil solche Schlussfolgerungen aus seiner Studie nicht abzuleiten wären.⁹

Die Entpolitisierung des Antisemitismus

Vor einigen Jahren entdeckte sie den Antisemitismus. Nicht in der CDU, in den christlichen Kirchen, in den Vertriebenenverbänden oder den Schützenvereinen. Nein, sie hat ihn bei Moslems und Linken entdeckt. Unstrittig, dass es Antisemitismus bei einer Vielzahl moslemischer Gruppen gibt und dass es auch in der politischen Linken Formen des Antisemitismus gab und gibt. Dem Vorwurf, dass einige Linke Regime wie

⁶ Item – auch Merkmal genannt – ist eine statistische Variable, aus deren Menge bzw. Ausprägung eine Grundgesamtheit gemessen wird.

⁷ www.Monika-Lazar.de. | 20.04.09

⁸ www.diss-duisburg.de/internetbibliothek/artikel/anti-antifa.htm | 21.04.09

⁹ www.daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008 | 18.04.2009

das des Irans oder Organisationen wie die Hamas zu wenig oder gar nicht kritisieren, ist absolut zuzustimmen. Gleichzeitig gibt es aber innerhalb der linken Bewegungen seit Jahren eine teils schmerzhaft und erbitterte Auseinandersetzung um die Verortung von Begriffen wie Antizionismus oder die Kritik an der Politik des Staates Israel.

Dieses soll hier aber nicht das Thema sein. Sondern die Tatsache, dass sich jetzt Vertreter der „Neuen Rechten“¹⁰ – in deren Dunstkreis man auch eine Kristina Schröder finden kann – daran machen, den Kampf gegen Antisemitismus zu missbrauchen. Dieser Missbrauch besteht primär darin, Antisemitismus zu ideologisieren und ihn damit zu entpolitizieren. Antisemitismus ist in Schröders Denkart immer ein Problem eines Extremismus, also einer zugespitzten Meinung, den man nur an den Rändern der Gesellschaft findet. Antisemitismus wird nicht mehr in einem Kontext europäischer nationalkonservativer Machtpolitik gesucht. Die Geschichte des modernen Antisemitismus ist aber eine europäische und eine politisch rechte Geschichte, egal ob christlich, konservativ, esoterisch, völkisch oder nationalistisch legitimiert. Auch der widerwärtige Antisemitismus in Teilen der moslemischen Welt ist in der Regel genau dieser recycelte europäische Wahn. Die Protokolle der Weisen von Zion, die auf den Zimmern saudischer Hotels liegen, und die Mythen von Kinderblut trinkenden Rabbis im arabischen TV sind in den Köpfen deutscher, russischer und französischer Monarchisten, Nationalisten, Pfarrer und gutbürgerlicher Gelehrter des 19. Jahrhunderts entstanden.

Willkommen am Stammtisch der 50er Jahre

Natürlich ist Kristina Schröder kein Neonazi. Regelmäßig spricht sie sich gegen die NPD und andere Stiefelnazis aus. Wenn man sich aber in die Grauzonen am rechten Rand begibt, dort, wo die Burschenschaften CDU und NPD-Politiker gleichzeitig ausspucken¹¹, wo die „Junge Freiheit gelesen“ und gefördert wird, wo die Salonfaschisten des „Instituts für Staatspolitik“ Vorträge halten, dort wird Frau Schröder eher schweigsam. Letztendlich genügen die kontinuierliche Beobachtung des Online-Auftritts von Kristina Schröder¹² und ihr sonstiger politischer Umgang, um die ideologische

Konjunkturdeutung von Antisemitismus ihrerseits zu erfassen. Kristina Schröder nennt sich Expertin für Islam, Extremismus und Integration der CDU-Bundestagsfraktion. Dass das Wort Experte in Politikerkreisen aller Parteien ein völlig entwertetes Zertifikat ist, ist ihr nicht persönlich anzulasten, sondern ist ein in den Medien oft zu beobachtendes Schauspiel, wenn beispielsweise Finanzexperten innerhalb weniger Monate zu Umweltexperten und wieder zurück mutieren. Schröder macht hier keine Ausnahme, es gibt von ihr auch nach acht Jahren Bundestagszugehörigkeit und Expertendasein keinerlei Veröffentlichungen zum Thema Islam, Extremismus oder Integration, die über eine Pressemitteilung oder Bundestagsrede hinausgeht. Einzige Ausnahme ist eine kurze Buchrezension im „Jahrbuch Extremismus“ der beiden rechtskonservativen Extremismusforscher Eckehard Jesse und Uwe Backes aus Sachsen.¹³ Deren Thesen sind allerdings das Credo und oft einziger inhaltlicher Hintergrund einer Kristina Schröder. Sie hat nur wenige Themen, schafft es aber trotzdem immer wieder damit in bestimmten Medien zu erscheinen. Zusammengefasst sind ihre Thesen einfach – und beliebt:

- Linksextremisten unterscheiden sich gar nicht so sehr von Rechtsextremisten.
- Linksextremismus findet sich schon am linken Rand der SPD. Rechtsextremismus findet sich aber nie am rechten Rand der CDU.
- Ausländer und vor allem Moslems müssen sich einer Deutschen Leitkultur unterordnen.
- Es gibt eine Zunahme von Rassismus gegen Deutsche in Deutschland.

Willkommen am Stammtisch der Fünfziger Jahre, man möchte meinen – und in der Tat entpuppt sich Schröder als begeisterte Anhängerin einer schlichten Theorie, die in den Hochzeiten des Kalten Krieges sehr populär war, ab den sechziger Jahren verdrängt wurde und seit der Wiedervereinigung ein Comeback feiert: die Totalitarismustheorie.¹⁴ Diese Theorie gilt bei vielen Sozialwissenschaftlern¹⁵ mehr als Ideologie denn als Wissenschaft, da sie unter anderem keiner empirischen Prüfung standhält. Inzwischen ist sie wieder zu einer publizistischen Standardwaffe Konservativer geworden – eignet sie sich doch besonders gut dafür,

¹⁰ Wir benutzen den inzwischen etwas überfrachteten Begriff Neue Rechte zum einen ausgehend von der französischen Nouvelle Droite, die sich auf Antonio Gramsci bezieht und zunächst eine kulturelle Hegemonie anstrebt, eine Besetzung des vorpolitischen Raums durch Infiltration des medialen und wissenschaftlichen Apparates, und zum anderen aber daran anschließende rechtsintellektuelle Zirkel und publizistische Netzwerke in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Zur Übersicht der Begriffsdefinition vgl. Butterwege, Christoph. In: Herbert und Greta Wehner Stiftung [Hrsg.]: Diffusionen – Der kleine Grenzverkehr zwischen Neuer Rechter, Mitte und Extremen, Dresden 2007.

¹¹ Exemplarisch dafür die rechtsextreme Dresdensia Rugia aus Gießen, in der der schulpolitische Sprecher der CDU Hessen Irmer gerne referierte, wie auch eine Anzahl von Mitgliedern der NPD-Landtagsfraktion aus Sachsen. Vergl. u.a. www.wiesbadener-kurier.de/politik/objekt.php3?artikel-id=179595 | 18.04.2009.

¹² www.Kristina-Köhler.de

¹³ Jahrbuch für Extremismus und Demokratie, Jhrg. 19, 2007.

¹⁴ Zur Geschichte der Totalitarismustheorie vergl. K.H. Roth: Von der neuen zur alten Extremismustheorie, in: Johannes Klotz (Hg.): Schlimmer als die Nazis? „Das Schwarzbuch des Kommunismus“ und die neue Totalitarismusdebatte, Köln 1999, S. 100-141.

¹⁵ Vergl. zur Totalitarismustheorie: Butterwege: Erklärungsmodelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, 2004; Wippermann: Totalitarismustheorien, 1997; Stöss/Schuberth: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 2000.



Extrem volksnah: NPD auf Stimmenfang zur Bundestagswahl 2009.

Rechtsextremismus zu relativieren und letztendlich einen Geschichtsrevisionismus in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren.

Deutungshoheit durch "Extremismusforschung"

Handelte es sich anfangs nur um geschichtspolitische Debatten, so gingen diese über die Gedenkstättenpolitik bald allgemein in den Bereich der politischen Bildung über. Dass diese keine Elfenbeinturmdiskussion mehr ist, kann man daran ablesen, dass es Teilen der „Neuen Rechten“ gelungen ist, mit der so genannten Extremismusforschung eine gewisse Deutungshoheit über Begrifflichkeiten und Definitionen in der Auseinandersetzung um Rechtsextremismus zu bekommen. Vertreter der Neuen Rechten wie Eckehard Jesse oder Uwe Backes haben von ihren sächsischen Instituten¹⁶ aus inzwischen Zugriff auf die „Bundeszentrale für politische Bildung“ und halten Tagungen für den sozialwissenschaftlichen Beirat bei mehreren Verfassungsschutzämtern, einigen Landeskriminalämtern und dem BKA. Es ist erstaunlich, wie fast widerstandslos rechte Intellektuelle, die noch vor wenigen Jahren in Publikationen schrieben, die vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, inzwischen selbst bei den Sicherheitsorganen ein und aus gehen.¹⁷ Dass Jesse und Backes 2003 sogar als Experten des Bundesverfassungsgerichts für die Beratung über das NPD-Verbot bestellt wurden, veranlasste auch die „Süddeutsche Zeitung“ zu der Bemerkung, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht würde.¹⁸ Wie der Stichwortgeber der europäischen „Neuen Rechten“, Alain de Benoist, einst die Herausbildung einer rechten Kulturhegemonie über die schrittweise Infiltration eines wissenschaftlichen und medialen Apparates beschwor, so lassen sich solche Tendenzen und publizistischen Netzwerke heute recht deutlich im medialen Kampf gegen alles, was links ist oder scheint, erkennen. Kristina Schröder scheint Teil eines solchen Netzwerkes zu sein.

Das Muster der Kampagnen ist immer ähnlich. Die Angegriffenen sind meist Vertreter der Linkspartei, des so genannten linken Flügels der SPD oder auch einzelne Vertreter der Grünen. Die Kampagne beginnt oft in der rechten Wochenzeitschrift Junge Freiheit. In der

dortigen Rubrik Blick nach Links werden Sozialwissenschaftler wie Christoph Butterwege oder Politiker der Linkspartei wie Ulla Jelpke als „Linksextremisten“ diffamiert. 2007 war dann die frisch gewählte Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel an der Reihe. Dass die SPD-Jungpolitikerin sich auch in der linken Gefangenenhilfsorganisation „Rote Hilfe“ engagierte, wurde zuerst im rechtsradikalen Milieu hochgekocht, um dann über konservative Blätter, wie die „Welt“ oder „Focus“ in die Mainstream-Medien transferiert zu werden. Kristina Schröder scheint genau hier eine gewisse Funktion zu haben, nämlich schmutzige Informationen mit ihrer Reputation weiß zu waschen. Sie macht rechtsradikale Diskurse mainstreamtauglich: Die Interviewpartnerin ersetzt als seriöse Quelle die rechtsradikalen Wurzeln der Aussage. Ähnliche Versuche – in der „Jungen Freiheit“ aber mit weniger Erfolg beschieden – gab es auch mit der SPD-Politikerin Ute Vogt, Mitherausgeberin des sozialdemokratischen Informationsblattes „Blick nach Rechts“, als diese ein Buch über die Zeitung „Junge Freiheit“ selbst mit herausgab. Genauso betroffen die bereits erwähnte bundespolitische Sprecherin der Grünen zum Thema Rechtsextremismus, Monika Lazar. In diesem Zusammenhang sind es immer wieder dieselben Namen, die auftauchen. Besonders die Schreiber der „Jungen Freiheit“ und bestimmte Journalisten von der „Welt“ bzw. vom „Focus“ scheinen gerne mal voneinander abzuschreiben.¹⁹ Diese Hetzkampagnen beziehen sich wiederum auf die Extremismusgebilde von Jesse und Backes, die gebetsmühlenartig weiter verkünden, dass der Kampf gegen Rechts übertrieben sei und die größere Gefahr von Links drohe.

Der Kampf gegen Antisemitismus als ideologisches Possenspiel

Relativ neu ist die Ergriffenheit, die Kristina Schröder beim Thema Antisemitismus befällt. Mit tiefer Sorge beobachtet sie einen neuen Antisemitismus bei der Linkspartei, getarnt als Antizionismus. Dies ist für sie so unerträglich, dass sie – medienwirksam – eine gemeinsame Erklärung der Bundestagsfraktionen mit den Vertretern der Linkspartei gegen Antisemitismus verhinderte. Dieses ideologische Medienspektakel veranstaltete sie ausgerechnet zusammen mit dem CSU-Politiker Hans-Peter Uhl, jenem Konservativen, der noch während der Diskussion im Jahre 2000 über die Entschädigungszahlungen an jüdische Zwangsarbeiter, diese von Entschädigungszahlungen an deutsche Zwangsarbeiter in sowjetischen Kriegsgefangenenla-

¹⁶ Eckehard Jesse leitet das von der Hans Seidel- Stiftung finanzierte Institut zur Extremismusforschung an der TU in Chemnitz und Uwe Backes das Hannah Arendt-Institut der Uni Dresden. Beide fungieren auch als politische Berater des sächsischen Innenministeriums.

¹⁷ Exemplarisch steht dafür die Zeitschrift MUT. Zur ihrer Einordnung siehe: Mecklenburg, Jens [Hrsg.]: Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996.

¹⁸ Süddeutsche Zeitung, 05.02.2002.

¹⁹ Vergl. Junge Freiheit, 30.06.08; Junge Freiheit, 17.10.08; Focus, 30.06.08, Nr.27; Welt, 07.08.08; www.npd-blog.info/ 2007/12/12.



Extrem wichtig: deutsche Opfermythen auch in der sogenannten ‚Mitte‘ bekämpfen.

ger abhängig machen wollte, wie er in einem Aufsatz in dem konservativen Blatt „Epoche“ schrieb.²⁰ Schaut man sich die Stellungnahmen und Presseerklärungen der Expertin für Islam und Extremismus auf der Homepage von Kristina Schröder an, so erkennt man die Heuchelei und den offenen Missbrauch von Antisemitismusvorwürfen als Politikerin des rechten Randes nicht unbedingt daran, was sie schreibt, sondern daran, was sie nicht schreibt. Während sie sogar noch in Duisburg Linkenpolitiker auf einer Demonstration gegen den Gazakrieg aufstößt, entgehen ihr andere Dinge auf wundersame Weise. Antisemitische Skandale gab es auch in Hessen in den letzten Jahren zuhauf: Im Sommer 2007 zogen hunderte Neonazis unter den

Augen eines großen Polizeiaufgebotes durch Frankfurt am Main mit der Parole „BRD Judenstaat – wir haben dich zum Kotzen satt“. Hunderte junger AntifaschistInnen, die sich dem braunen Mob entgegenstellten, wurden seinerzeit eingekesselt und festgenommen.²¹ Ein Jahr später zogen Neonazis der NPD durch Wetzlar und forderten, Daniel Cohn Bendit als Mitglied einer besonderen Minderheit an die Wand zu stellen. Die Extremismusexpertin aus Hessen schwiag dazu, wie auch die Polizei vor Ort. Auch die fast quartalsmäßigen antisemitischen Skandale ihrer Parteikollegen werden auf ihrer Homepage nicht kommentiert. Sei es der Rehabilitationsversuch des NSDAP-Blutrichters Hans Filbinger durch den Baden-Württembergischen Ministerprä-

²⁰ www.konservativ.de/epoche/145.

²¹ Viele Menschen, die z.B Sitzblockaden gegen die Nazis durchführten, bekommen in der Regel in vielen Städten Anzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Diese Fälle wiederum fließen in die Polizeistatistiken unter der Rubrik Gewalt gegen die Polizei – Politisch motiviert links. Einen Tag, nachdem in allen deutschen Medien Mitte März 2009 über eine neue Studie des Bundesinnenministeriums diskutiert wurde, wonach jeder siebte Jugendliche ausländerfeindlich ist, veröffentlicht Frau Schröder einen Auszug aus einer solchen Polizeistatistik auf ihrer Homepage, wo dann zu lesen ist, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte von Linken doppelt so hoch sei, als von rechts ausgehend. Auf die erwähnte Studie geht sie selbstverständlich nicht ein.



Extrem unheimlich: Schatten der Vergangenheit.

sidenten Oettinger, die Umtriebe des äußerst rechten „Studienzentrums Weikersheim“, die antisemitischen Ausfälle des hessischen Bundestagsabgeordneten Hohmann und der offene Beifall, den er von seiner Basis dafür erhielt - zu alledem schweigt die besorgte Extremismusexpertin. Und natürlich schweigt sie lieber auch über den Holocaust-leugnenden Piusbruder und dessen Rehabilitation durch den Papst. Es scheint, dass sie sehr darauf bedacht ist, mit ihrem Kampf gegen Antisemitismus keine Wählerklientel zu verschrecken. Da braucht sie sich bei Moslems und Linken keine Sorgen zu machen, wohl aber, wenn sie anfangen würde, einen Parteikollegen oder gar den Papst zu kritisieren. Es wird ihr bekannt sein, dass in den aktuellen Studien über politische Einstellungen in Deutschland der Anteil von antisemitischen Einstellungen beim CDU/CSU-Klientel doppelt so hoch ist wie bei dem der Linkspartei.²² Frau Schröders Kampf gegen Antisemitismus ist ein ideologisches Possenspiel. Der Versuch, sich als deutscher Rechtsaußen als glaubhafter Gegner des Antisemitismus darzustellen, hatte schon immer etwas tragischskurriles.

Scharnierfunktion zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus

Auch Kristina Schröder muss in ihrem Kampf gegen Links immer nervös in die eigenen Reihen bzw. auf

die eigene Website schauen. Da verschwanden auf ihrer Homepage plötzlich aus dem Pressespiegel²³ im letzten Jahr einige Links. Zwei führten zur „Jungen Freiheit“ und der andere zu der Seite „PI-News“.²⁴ Auf beiden extrem rechten Seiten wurde, wie eigentlich immer, positiv über Frau Schröder berichtet und auf „PI-News“ kann man außerdem auch noch etwas bestellen: Tassen und T-Shirts, auf denen zu lesen ist: „islamophobic and proud about it“ – ganz so wie man es sich von einer Expertin für Integration wünscht. Mit beiden Medien scheint sie mehr zu verbinden. Auf „PI-News“ ist sogar eine Nachricht ihres Büros zu finden, welches einen Beitrag ergänzt. Vor allem scheint sie aber eine begeisterte Leserin der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu sein. Als sie nach den 1. Mai-Demonstrationen 2009 in einer Bundestagsrede vor allem wieder gegen die Linksautonomen in Berlin polemisierte, beschwerte sich einige Tage später ein Autor der „Jungen Freiheit“, Kristina Schröder sollte doch, wenn sie aus seinen Artikeln für ihre Rede klaut, wenigstens die Quelle angeben. Dieses holen wir an dieser Stelle gerne nach.²⁵

Auch ihr Mentor und Stichwortgeber, der Totalitarismuspapst Prof. Eckehard Jesse, vergreift sich ab und zu im Ton. Während Kristina Schröder Ende 2008 mal wieder den Rücktritt von Politikern forderte, die Eckehard Jesse kritisieren²⁶, schweigt sie selbstverständlich

²² Vergl. Decker, Brähler. Vom Rand zur Mitte, 2006.

²³ Wir betonen an dieser Stelle, dass es sich um einen Pressespiegel handelt und nicht um einen Link, der zu dem Zweck angebracht wurde, Werbung für diese Seiten zu machen. Dennoch: Link bleibt Link und eine gewisse Auswahl scheint es beim Pressespiegel zu geben – Presseartikel der NPD-Zeitung Deutsche Stimme, die auch mal lobend über Frau Schröder berichten, sind bisher noch nicht aufgetaucht.

²⁴ PI steht für politically incorrect.

²⁵ www.junge-freiheit.de/Single-News-display.154+M5069e9bf3c.0.html

²⁶ Focus, Nr 27, 30.06.2008.

über seine wiederholten antisemitischen Äußerungen in der Vergangenheit, z.B. dass die jüdischen Gemeinden Antisemitismus benötigen, um Gehör zu bekommen, und dass das Verhalten führender jüdischer Funktionäre auf Dauer Judenfeindlichkeit in der Bevölkerung auslösen wird.²⁷ Auch das Medienecho, welches seinerzeit der Bürgermeister von Korschenbroich auslöste, als er forderte, ein paar „reiche Juden totzuschlagen“, um den Stadthaushalt zu finanzieren, fand Jesse hysterisch.²⁸ Wenn man sich mit Kristina Schröder beschäftigt, verwundert eigentlich nur eins: der mangelnde Widerstand, der ihr bisher in ihrer Karriere entgegenschlug. Die Mattigkeit einer SPD beim Thema Neofaschismus ist erschreckend. Eine Scharnierfunktion zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus ist im hessischen Landesverband der CDU wirklich nichts Neues. Die Übergänge zwischen Neonazis – „Neuer Rechter“ – CDU sind im Verband von Alfred Dregger, Manfred Kanther und Roland Koch bis heute fließend. Schröder hat das Glück, aus einer Stadt zu kommen, in der besonders deutlich wird, wie sehr sich politische Koordinaten des Konservatismus bis weit in die SPD hinein und die Abdankung eines irgendwie investigativ gearteten Journalismus die Hand reichen.

aus: Antifaschistisches Info Blatt | Nr. 85 | Winter 2009/2010

²⁷ Süddeutsche Zeitung, 05.02.02; 11.02.05 Freitag; gemeint war seinerzeit der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Galinski. In der Antisemitismusforschung werden solche Aussprüche, wonach Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung selbst schuld sind, dem sekundären Antisemitismus zugerechnet.

²⁸ Ebenda.

ANDI UND AYSHE GEGEN KLAUSI RANDALE

Der neue Bildungscomic des Verfassungsschutz kämpft gegen „Linksextremismus“

von Avanti Berlin

Die Menschen hier sind außer sich: Sie hauen, schlagen und grölen besinnungslos – in die Tasten des Keyboards, auf das Schlagzeug, in das Mikrofon. Die Punk-Band „System Error“ rockt auf der Bühne im Erdgeschoss eines besetzten Hauses, auf der Tanzfläche pögt ein Punk mit rotem Irokesen-Haarschnitt, eine Frau mit kurzen gebleichten Haaren tanzt, ein schwarzgekleideter Jugendlicher lacht. Alle haben Spaß, nur Einer nicht. Andi. Andi guckt gelangweilt aus seinem Ziegenbart-Gesicht. Andi findet die Bude hier „ganz schön abgewrackt.“ Während die Anderen über „Solidarität mit dem Befreiungskampf“ reden, redet Andi über seine Lehrerin. Während die Anderen auf die Band „Anti Alles“ warten, geht Andi nach Hause, morgen ist ja Schule.

Andi ist kein Verlierer. Andi ist Gewinner. Der Held, der im neuen „Bildungscomic“ des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalens gegen den „Extremismus“ kämpft. Zusammen mit dem Schulministerium und der Landeszentrale für politische Bildung hat das Amt 100 000 Exemplare von „Andi3“ gedruckt und an Schulen geschickt, eine fortlaufende Serie, von der bereits Andi1 (gegen Rechtsextremismus) und Andi2 (gegen Islamismus) erschienen ist. Nun kämpft Andi, passend zum Zeitgeist, gegen „Linksextremismus“.

Wie in jedem spannenden Comic kämpft der Held gegen das Böse. Das Böse sind in diesem Fall Nele und Klaus, der jetzt „Randale“ heißt. Die Feindbilder sind geklärt, es gibt allerdings einen entscheidenden Nachteil. In einem guten Comic haben die Lesenden Sympathie für den Helden, können seine Begehren nachvollziehen, fiebern mit seinen Konflikten mit. Das ist hier nicht der Fall, im Gegenteil. Ziegenbart-Andi ist so langweilig und streberhaft, so teilnahmslos und fertig mit der Welt, dass es einem die Schuhe auszieht. Je mehr der Verfassungsschutz versucht, die finsternen Motive der „Linksextremisten“ Nele und Randale aufzudecken, desto sympathischer werden sie.

Die „Linksextremisten“, so schreibt der Verfassungsschutz in den zwischen die Comiczeilen geschobenen Erklärstücken, sind gegen eine Gesellschaft, die Menschen durch Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat

unterdrückt. Sie wollten hingegen eine Gesellschaft ganz ohne Herrschaft und Unterdrückung. Der Verfassungsschutz sagt nicht, dass unsere Gesellschaft anders strukturiert wäre (das wäre in der Tat auch etwas schwierig zu beweisen). Er sagt auch nicht, dass er eine Gesellschaft mit Herrschaft und Unterdrückung wolle (das käme auch etwas schlecht an). So stehen die Aussagen einfach da, als Fakt, und die Lesenden sollen wohl denken: Ohne Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat? Grauensvoll. Ohne Herrschaft und Unterdrückung? Ekelierend.

Da muss Vermittlung her, das merkt auch der Verfassungsschutz. Und er erschafft die Figur Ben, der Grauzonen-Gänger der Serie, der das Anliegen des Verfassungsschutzes nicht so platt aussehen lässt, wie es gemeint ist. Ben ist der verlorene Sohn, er hegt nachvollziehbare Sehnsüchte für eine andere Gesellschaft, er hat legitime Ideale. Derart anfällig kann er von den „Linksextremisten“ verführt werden, aber nur so weit, dass er zum Happy Ending reumütig in den Schoß der bürgerlichen Familien zurückkehren kann.

Extrem gegen Atomkraft: Protest gegen den Castor-Transport 2008.



Das Gespenst, das ihn dahin zurücktreibt, ist die „Gewalt“. Ingo Wolf, Innenminister von NRW, sagte anlässlich der Veröffentlichung des Comics Ende November, Ben gerate „in die militante linksautonome Szene und in eine Spirale der Gewalt. Damit zeigen wir, wie Linksextremisten demokratische Grundwerte bekämpfen und dafür auch Gewalt einsetzen.“ Die einzige körperliche Gewalt im Comic geht jedoch von einem Polizisten aus. Dieser nimmt Ben fest, als er einen Spruch auf eine Brücke sprüht. Die Schadensbilanz von Andi3 sieht also folgendermaßen aus: Ein festgenommener Jugendlicher, eine besprühte Brücke, eine umgekippte Mülltonne, ein brennendes Auto (erst auf Seite 25!), die Scheiben eines Kiosks. Diese „Gewaltexzesse“ entsprechen, das muss man dem Verfassungsschutz zu Gute halten, in ihren monströsen Ausmaßen der Realität. Mangels anderer Möglichkeiten müssen die Scherben des Kiosks als Wendepunkt Bens initiiert werden, der – erschrocken von so viel sinnloser, menschenverachtender Gewalt – in den Kreis seiner Freunde zurückkehrt, die ihn mahnend aber verzeihend wieder aufnehmen.

Diesen „Bildungscomic“ im Anime-Stil hat der Düsseldorfer Peter Schaaff gezeichnet, der sich wohl hauptsächlich an seiner eigenen Vergangenheit abarbeitet. So war er in den 1990ern für die Gestaltung und Herausgabe des Punk-Fanzines „Tote Helden Comic“ verantwortlich. Heute zeichnet er außer für den Verfassungsschutz Bildungscomics gegen das Kiffen.

Dabei ist der Andi3 Comic in keinem Fall harmlos. Im Gegenteil: Er reproduziert den Sexismus und Rassismus, deren Kritik er den „Linksextremisten“ ankreidet. So werden intellektuelle und der weiblichen Norm

nicht entsprechende Frauen in patriarchaler und sexistischer Manier bloßgestellt: Zunächst wird Ben von einer „linksextremistischen“ Frau verführt. Nele sagt: „Die Kleinmädchenzeiten sind vorbei, der Zopf ist ab. Ich mach jetzt Politik“. Daraufhin kann Andi nur noch stammeln, Ben wirkt wie verzaubert. In einer anderen Szene hält eine Frau mit großen Brüsten einen anspruchsvollen Vortrag. Ben schläft ein. Im Erklärstück heißt es dazu: „Die Frau ist Linksextremistin, aber warum erzählt sie so ein kompliziertes Zeug?“ Und weiter: „Dass diese Frau nur deshalb ihre Meinung so frei äußern kann, weil in Deutschland ein demokratischer Rechtsstaat besteht, sagt sie ihrem Publikum natürlich nicht.“

Doch auch in Sachen Rassismus steht der Comic der Gesellschaft in nichts nach. So sind es die braunäugigen Ayshe und Murat, typische Freunde des blauäugigen Andis, die die „Linksextremisten“ am Schärfsten kritisieren. So wirft Murat den Rassismus-Kritikern vor: „Ich bin auch total unterdrückt so als Ausländer, Alter“, und Ayshe geht in einer Demo gegen Nazis explizit im bürgerlichen Bündnis mit. So erledigen die Ausländer auch, was sich die Deutschen erst zögerlich trauen - Nazis und Linke gleichzusetzen:

Murat: „Sie reden voll den gleichen Quark“

Ayshe: „Und aussehen tun sie auch gleich“

So diffamiert der Comic ganz offen den Kampf gegen den Neofaschismus, frei nach dem Motto: Wir brauchen keinen Antifaschismus, wir sind ja schon eine Demokratie.

Das wäre alles ganz witzig, wenn es nicht so traurig wäre. Denn der Comic reiht sich ein in die derzeitigen politische Stimmungsmache gegen links. Der Berliner Innensenator, Ehrhart Körting (SPD) nennt Teile der Linken „rot lackierte Faschisten“. Nicht zuletzt die schwarz-gelbe Regierung hat klar gemacht, dass sie verstärkt gegen „Linksextremismus“ vorgehen will. Die neue Familienministerin Kristina Köhler gab bekannt, dass Gelder gegen „Rechtsextremismus“ auch gegen „Linksextremismus“ verwendet werden sollen. Sie begründet ihre Haltung unter anderem damit, dass die bürgerliche Gesellschaftsordnung den Linken schon als „präfaschistisch“ gelte.

Dass manch Linker in seiner Analyse sogar noch weiter geht, machte der bekannte „Linksextremist“ Theodor W. Adorno deutlich. Er sagte: „Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen *gegen* die Demokratie.“

Bis er diese Aussage nachvollziehen kann, ist Ben wahrscheinlich schon wieder eingeschlafen.



SELBSTVERGEWISSERUNG DURCH DISTANZIERUNG

Gründe für eine Bündnisarbeit fernab von militanten Grenzen

LAG Antifaschismus von DIE LINKE.Berlin

DIE LINKE. versteht sich als Teil einer weltweiten Bewegung, die sich den existentiellen Bedrohungen durch den Kapitalismus in konkreten Kämpfen entgegenstellt. Für uns ist die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen gesellschaftlichen Akteuren wesentlicher Teil politischer Wirkungsmacht. Gerade dieses Zusammenspiel mit und die Verankerung in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen, antifaschistischen und antirassistischen sowie antimilitaristischen Gruppen ist entscheidend für die gesamtgesellschaftliche Kampagnenfähigkeit der außerparlamentarischen und parlamentarisch verankerten Linken. Selbstverständliche Bündnispartner/innen sind jene Menschen, die die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wollen, um den Kapitalismus zugunsten einer friedlichen, sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft zu überwinden; einer Gesellschaft, in der im Sinne von Marx »die freie Entwicklung jedes Einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller« ist. Darüber hinaus aber brauchen wir auch ein Bündnis mit Jenen, die innerhalb der ihnen gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen den Kampf gegen Patriarchat, Militarismus, Repression, Rassismus und Antisemitismus führen wollen. Klar ist: Die unterschiedlichen außerparlamentarischen Gruppen haben nicht nur eine eigene Logik des politischen Handelns. Vielmehr resultieren daraus auch sehr unterschiedliche Organisationskulturen und Aktionsformen. Diese wiederum beinhalten jede für sich spezifische Stärken, Schwächen und Aufgaben. Trotz aller möglichen Widersprüche gibt es punktuell gemeinsame Interessen. So mit Gewerkschaften, Parteien, migrantischen Organisationen, Religionsgemeinschaften, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Erst deren Zusammenwirken schafft die Voraussetzung für ein effektives Agieren für die vorgenannten gemeinsamen Ziele und damit hin zu einer fortschrittlichen Gesellschaftsveränderung. Gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung der unterschiedlichen Ansprüche und Herangehensweisen an Politik ist also Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Interessen-

gruppen und Organisationen. Wichtig ist, tatsächlich gesellschaftlich zu intervenieren. Das bedeutet aber nicht, in breiten Bündnissen Repräsentantinnen und Repräsentanten der »gesellschaftlichen Mitte« nicht mehr mit den Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu konfrontieren. Diese Politik muss auch weiterhin in Frage gestellt werden. Bündnisse um der Bündnisse wegen darf es nicht geben. Das würde eher die Gefahr bergen, dass z.B. durch den Wunsch eines möglichst breiten Bündnisses totalitarismus- bzw. extremismus-theoretische Positionen »geschluckt« werden.

Ein gemeinsames Agieren der LINKEN. mit anderen Parteien unter anderem gegen Faschismus und Rassismus oder gegen den Überwachungsstaat muss also selbstverständlich auch das Bündnis selbst zum Schauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen machen.

Natürlich ist auch die Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen, antifaschistischen und antimilitaristischen Gruppen und der LINKEN. nicht konfliktfrei; ja brachten manch herbe Enttäuschung – auf allen Seiten. Am deutlichsten bekommt das DIE LINKE. dort zu spüren, wo sie entweder bereits in Regierungskoalitionen ist bzw. vor einer potentiellen Regierungsbeteiligung steht. Dort wird seitens der bürgerlichen Parteien versucht, die DIE LINKE. besonders stark unter Druck zu setzen. Dreh- und Angelpunkt der Debatten sind Anmeldungen von antifaschistischen und antimilitaristischen Demonstrationen bzw. die Beteiligung von Funktionsträgerinnen und –trägern der Partei an solchen sowie die Zusammenarbeit mit der »radikalen« Linken.

Debatte mit denunziatorischem Charakter.

Der seit Jahren von bürgerlichen Medien und konservativen Teilen der Gesellschaft angeführte gesellschaftliche Diskurs um die so genannte Innere Sicherheit wird mehr und mehr mit dem Ziel der Polarisierung zugespitzt. Dies geschieht nicht zuletzt mit dem Ziel, die außerparlamentarischen Linken [antimilitaristischen, antifaschistischen, antirassistischen u.a. Gruppen] und die parlamentarische LINKE. durch

Entsolidarisierung und Distanzierung von- und untereinander zu schwächen [nach dem Prinzip »Teile und herrsche«]. Dies ist wenig verwunderlich, denn die durch die Wirtschaftskrise verschärften sozialen Widersprüche führen zu einer verstärkten Kritik am global agierenden Kapitalismus. Eine sich dadurch stärkende linke Bewegung, eine potentiell verstärkte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gruppierungen des linken Lagers, soll torpediert werden. Dabei ist die Auseinandersetzung um Militanz das Einfallstor für die Frage, wer mit wem in der Linken zusammenarbeiten darf. Staatsschutz, Verfassungsschutz und andere Strafverfolgungsbehörden, aber auch konservative PolitikerInnen in Politik, Wirtschaft und Medien, nutzen ihre Möglichkeiten, um einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Linken gezielt entgegenzuwirken. Insbesondere durch die Etikettierung als »verfassungsfeindlicher Extremismus« wird Links und Rechts gleichgesetzt, der Widerstand gegen Nazis und gesellschaftliche Ungleichheit mit der reaktionären Hetze von NPD und Kameradschaften auf eine Stufe gestellt. So wird einerseits der Faschismus verharmlost und andererseits der Versuch unternommen, das antifaschistische Lager durch »Abschreckung« in «[nicht-militante] gute AntifaschistInnen und/oder Linke« und »[militante, also] böse AntifaschistInnen und/oder Linke« zu spalten. Im Mittelpunkt der Denunziationskampagne stehen dabei Aktionsformen, die sich gegen Institutionen, die Ungleichheit und Gewalt hervorbringen, richten: z.B. gegen Ämter, die mit Hartz IV zu tun haben und deshalb mit Repression in Verbindung gesetzt werden, gegen Rüstungskonzerne, Bundeswehr und Militärlogistik wie DHL und Deutsche Post AG, die mit weltweiten Kriegen [beide für das US-Militär im Irak und auch für die Bundeswehr in Afghanistan] assoziiert werden, oder die Deutsche Bahn, die Castortransporte durchführt. Gerade in Großstädten wie Berlin und Hamburg sind es aber auch Aktivitäten gegen Luxussanierungen und Fragen der Stadtumgestaltung nach neoliberalen Maßstäben, die zu Protesten führen. Der öffentliche Diskurs über Militanz wird erfahrungs-

gemäß auf »die Militanz als Sicherheitsproblem« oder »Sozialneiddebatten« [brennende Autos] reduziert und so eine Auseinandersetzung über die eigentlichen Konflikte verhindert. Das meint auch Hans-Gerd Jaschke, der als Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin angehende Polizistinnen und Polizisten unterrichtet und er kommt zu dem Schluss: »Das ist ein Fehler.« Stattdessen sollte z.B. die Berliner Landespolitik die Stadtentwicklung und damit verbundene gesellschaftliche Probleme stärker zum Thema machen.¹ Genau das soll aber verhindert werden. Jeder Zusammenhang zwischen dem – im wahrsten Sinne des Wortes – über Leichen gehenden Kapitalismus, seinen weltweit agierenden militärischen und unternehmerischen Strukturen und seinen innenpolitischen Kausalitäten soll verschwiegen werden.

¹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Linksextremismus;art270,2976599> | Zugriff: 13.5.2010

“WIR LEHNEN DIE EXTREMISMUSTHEORIE AB“

Junggrüne Sicht auf Extremismustheorie und spektrenübergreifende Bündnisarbeit

Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen jegliche Gleichstellung von ‚links‘ und ‚rechts‘, sowie gegen jegliche Gleichstellung der radikalen Linken und der extremen Rechten. Daher lehnen wir die unsägliche Extremismustheorie, die eine von zwei Seiten (drei, nimmt man den ‚Islamismus‘ hinzu) bedrohte ‚gute Mitte der Gesellschaft‘ vorsieht, ab. Nicht nur haben linksradikale und extrem rechte Ideologien vollkommen andere Grundvoraussetzungen und Vorstellungswelten, sondern Rassismus findet seinen Nährboden häufig in der ‚Mitte der Gesellschaft‘. Bundesweite Beschlusslage ist, dass wir keine Aufrufe und Resolutionen unterstützen, in denen diese Gleichsetzung angewendet wird.

“Wir wollen die Geheimdienste abschaffen. Es braucht keinen politischen Geheimdienst, der definiert, welche Formen politischer Aktivität und welche Positionen noch legal sind.“

Der Verfassungsschutz, sei es auf Bundes- oder auf Landesebene, ist für uns ein politisches Organ, das mangelnder Kontrolle unterliegt und daher undemokratisch ist. Die Deutungshoheit darüber, mit wem wir zusammenarbeiten, wollen wir nicht dem Verfassungsschutz überlassen. Auch Konstrukte, wie ‚Extremismus‘-Klauseln, in denen sich Organisationen verpflichten müssen, nicht mit ‚Extremisten‘ zusammenzuarbeiten, lehnen wir ab. Den einzelnen Personen und Gruppen sollte das Urteil darüber überlassen werden, mit wem sie kooperieren. Eine Demokratie, die ihren Bürger_innen kein vernünftiges Urteil zutraut, führt sich selbst ad absurdum.

“In unserer Demokratie muss es Aufgabe aller DemokratInnen sein, im Diskussionsprozess und durch politische Bildung, antidemokratische Positionen als solche zu enttarnen und ihre Verbreitung zu verhindern.“

Die Aufgabe, sich demokratie- und menschenfeindlichen Kräften entgegenzustellen, können und wollen wir also nicht dem Staat überlassen, sondern selbst übernehmen. Für uns ist eine Demokratie erst dann wehrhaft, wenn sie von der demokratischen Partizipation jedes einzelnen Menschen lebt. Als Handlungsmaxime gelten für uns die universalen, unveräußerlichen

und individuellen Menschenrechte. Daher lehnen wir Gewalt gegen alle Menschen kategorisch ab und tolerieren keine menschenverachtenden Ansichten.

“Die GRÜNE JUGEND ist daher Teil diverser Bündnisse und zeigt Gesicht für eine offene Gesellschaft“

Ausschlaggebende Kriterien für eine Kooperation in Bündnissen sind für uns inhaltliche Nähe in der Sache. Außerdem müssen sich die potentiellen Bündnispartner_innen grundsätzlich für eine tolerante, demokratische und diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzen. Gewalt darf innerhalb der Bündnisarbeit nicht als Mittel der politischen Auseinandersetzung gelten.

Unsere Bündnisarbeit schließt einerseits andere parteipolitische Jugendorganisationen, Gewerkschaftsjugendlichen und Jugendgruppen von Naturschutzorganisationen und ähnlichem ein. Andererseits versuchen wir uns auch aktiv mit der radikalen Linken zu vernetzen und in Bündnissen zusammenzuarbeiten.

Es wäre allerdings naiv, Unterschiede, die zwischen der GRÜNEN JUGEND und der radikalen Linken bestehen, negieren zu wollen.

Da wir die Unterscheidung ‚extremistisch‘ und ‚nicht-extremistisch‘ als Spektrengrenzen ablehnen, meinen wir, wenn wir hier von ‚verschiedenen Spektren‘ reden, einerseits Organisationen und Gruppierungen, die sich bewusst auch im Rahmen der parlamentarischen Demokratie bewegen und andererseits Organisationen und Gruppierungen, die dieser ablehnend bis feindlich gegenüber stehen. Zu der ersteren Gruppe kann man sicherlich die GRÜNE JUGEND zählen, während die radikale Linke eher der zweiten Gruppe zuzurechnen ist.

“Politik ist für uns weit mehr als das Organisieren parlamentarischer Mehrheiten. Ohne gesellschaftliche Mehrheiten, ohne den Rückhalt der Menschen, wird kein politisches Programm jemals umsetzbar sein - und sei es noch so gut.“

Spektrenübergreifende Bündnisse sind sinnvoll - trotz verschiedener Ansätze, um Politik zu machen.

Zunächst gibt es einige offensichtliche Gründe, die im Allgemeinen für Bündnisarbeit sprechen. Es ist klar,



Extrem solidarisch: Blockade des Naziaufmarsches am 13. Februar 2010.

dass gemeinsam Inhalte einfacher und stärker in eine breitere Öffentlichkeit getragen werden können. Wir als GRÜNE JUGEND können dabei vor allem Jugendliche erreichen und werden auch von den klassischen Medien stärker wahrgenommen. Unsere Reichweite in das linksradikale Spektrum dagegen ist begrenzt.

Des Weiteren spielt der Meinungs- und Erfahrungsaustausch innerhalb eines Bündnisses eine große Rolle. In spektrenübergreifenden Bündnissen kommt es häufig zu Konstellationen, die auf bilateraler Ebene kaum möglich wären. Zu Recht erwartet keiner von Antifa-Gruppen oder Marxist_innen, sich zwecks einer Zusammenarbeit direkt mit der GRÜNEN JUGEND in Verbindung zu setzen. Durch größere Bündnisse können ideologische Hemmschwellen und inhaltliche Differenzen zwischen zwei Gruppierungen im Sinne einer guten Zusammenarbeit überbrückt werden.

In dieser Zusammenarbeit sehen wir uns als Schnittstelle zur parlamentarischen Demokratie, in der wir kritisch mitarbeiten. Innerhalb eines Bündnisses wollen wir für unsere Ideen werben. Aber uns ist es genauso wichtig Vorschläge von Bündnispartner_innen in parlamentarische Prozesse einzuspeisen. Dies ist durch unsere Mitarbeit bei den Grünen möglich. Gerade, wo die Grünen in Regierungsverantwortung sind, ist es für uns als GRÜNE JUGEND wichtig, Bedenken und Anregungen aus dem linken Spektrum in die Partei zu tragen.

Bündnisse haben außerdem häufig einen Wert an sich. Wer ein tolerantes, respektvolles, solidarisches Mit-

einander will, darf sich nicht von vornherein der Zusammenarbeit mit Menschen anderer Meinung und Politikstil, verschließen. Inhaltlicher Konsens auf allen Ebenen muss dabei kein Ziel sein. Vielmehr ist es wichtig alle antifaschistischen Menschen einer Stadt zu vernetzen und sich gegenseitig Mut und Courage für die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten zuzusprechen.

„Wir streiten für die emanzipatorische Transformation der Gesellschaft zu einer, in der alle frei und selbstbestimmt leben können.“

Wir streben eine weltoffene, gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft an. Wir hinterfragen den Kapitalismus und kritisieren die strukturelle soziale Ungleichheit. Wir setzen uns gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus ein - und freuen uns über Mitstreiter_innen. Lasst uns gemeinsam Utopien entwickeln, Ideen spinnen und konkret an einer besseren Gesellschaft arbeiten!

Alle Zitate stammen aus dem Selbstverständnis der GRÜNEN JUGEND, das am 24. Oktober 2010 in Gelsenkirchen beschlossen wurde.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg ist Teil des „Hamburger Bündnis gegen Rechts“. In ganz Deutschland sind Landes- und Kreisverbände der GRÜNEN JUGEND in Bündnissen aktiv. Erst kürzlich startete der GRÜNE JUGEND Bundesverband zusammen mit anderen Jugendorganisationen die Kampagne „Änder Das!“, die sich gegen die Politik der schwarz-gelben Regierung richtet.

(www.aenderdas.de)

SISTEMA TOTALITARIO

Zur Kritik der Totalitarismus-Ideologie

von Wolfgang Wippermann

Sie wollen ein »sistema totalitario« – ein totalitäres System – in Italien einführen, warf der Antifaschist Giorgio Amendola dem selbsternannten »duce« [= Führer] der italienischen Faschisten, Benito Mussolini, im November 1923 vor.¹ Davon war der erst ein Jahr zuvor zur Macht gekommene Mussolini jedoch noch weit entfernt.² Auch später ist es ihm nicht gelungen, die konkurrierenden Gewalten von Kirche, Krone, Militär und nicht zuletzt auch der Industrie gleich – oder gar auszuschalten. Dennoch hat er es versucht, weshalb Mussolini den Vorwurf Amendolas keineswegs zurück wies, sondern ebenso stolz wie trotzig erklärte, dass sein Ziel tatsächlich die Errichtung eines »stato totalitario« – eines totalitären Staates – sei. Aus dem antifaschistischen Schlagwort war eine faschistische Selbstbezeichnung geworden. Diese wollten die Antifaschisten um Giorgio Amendola nicht dulden, weshalb sie ihren Vorwurf durch den Vergleich des faschistischen mit

dem bolschewistischen System ergänzten. Beide »totalitäre Systeme« stellten, wie Amendola formulierte, eine »totalitäre Reaktion auf Freiheit und Demokratie« dar.³ Der Liberale Francesco Nitti stimmte Amendola zu und behauptete, dass »Faschismus und Bolschewismus« nicht auf »entgegen gesetzten Grundsätzen« basierten, sondern die »Verleugnung derselben Grundsätze von Freiheit und Ordnung« bedeuteten.⁴ Der Führer der von den Faschisten verbotenen katholischen Partei der Popolari, Luigi Sturzo, brachte diese Rechts – Links – Gleichsetzungen⁵ auf die einprägsame Formel, wonach es sich beim Faschismus um einen »Rechtsbolschewismus« handele, während der Bolschewismus als »Linksfaschismus« anzusehen sei.⁶

Kaum etwas an diesen Behauptungen war richtig.⁷ Der faschistische Staat in Italien hatte weder damals noch später einen »totalitären« Charakter. Seine Ähnlichkeit oder gar Wesensgleichheit mit dem bolschewistischen

¹ Zitiert nach: Jens Petersen, Die Entstehung des Totalitarismusbegriffs in Italien, in: Manfred Funke [Hrsg.], Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978, S. 105-128, S. 123.

² Dies auch deshalb, weil es Amendola unterlassen hat, den Neologismus »totalitaria« näher zu definieren. »Totalitaria«, bzw. wie die durchaus zutreffende deutsche Übersetzung »totalitär« lautet, ist nämlich keineswegs gleichbedeutend mit »total«. Ein »totalitärer« gleicht sich einem »totalen Staat« nur an. Doch wie weit dies der Fall ist, bzw. nach der Definition sein muss, ist auch in den späteren Totalitarismustheorien nicht genau bestimmt worden.

³ Gemeint war die parlamentarische Demokratie, die damit zum positiven und nicht mehr hinterfragbaren Gegenbild zum negativen Totalitarismus avancierte. Dieses Moment ist auch in allen anderen Totalitarismustheorien anzutreffen, welche die parlamentarische Demokratie gegen alle Kritik in Schutz nehmen, weil dieses politische System immer noch besser ist als das totalitäre.

⁴ Francesco Nitti, Bolschewismus, Faschismus und Demokratie, München 1926, S. 53.

⁵ Diese Rechts-Links-Gleichsetzung ist das dritte und zugleich entscheidende Definitionskriterium des Totalitarismus. Das heißt, dass ein Regime erst dann als »totalitär« bezeichnet werden kann, wenn es Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten sowohl mit faschistischen wie kommunistischen aufweist. Doch welche das sind oder sein müssen, ist erst in den späteren Totalitarismustheorien näher ausgeführt und bestimmt worden.

⁶ Luigi Sturzo, Italien und der Faschismus, Köln 1926, S. 225.

⁷ Richtig ist allenfalls die Behauptung, dass sich Faschismus und Kommunismus gegen die parlamentarische Demokratie gewandt haben. Dies aber aus anderen Gründen und mit anderen Zielen.



Extrem ungerecht: Die Polizei verfolgt gerne diejenigen, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen.

ist niemals bewiesen worden. Die Neologismen »totalitär« und »Totalitarismus« waren zumindest damals nichts anderes als politische Kampfbegriffe. Meines Erachtens sind sie es auch bis heute geblieben. Andere Autoren sehen dies anders. Sie sprechen von »Totalitarismustheorien,« d.h. von wissenschaftlichen Lehren, die nur dann einen wirklich theoretischen Charakter haben, wenn sie empirisch auch bewiesen werden.⁸

Was war Totalitarismus wirklich: Politischer Kampfbegriff und Ideologie oder wissenschaftlich bewiesene Theorie?⁹

Einen theoretischen Charakter hatten die Vergleiche, die Otto Bauer, Georg Decker, Alexander Schiffrin und einige andere deutsche und österreichische Sozialdemokraten zwischen dem italienischen Faschismus und dem russischen Bolschewismus durchführten, wobei sie sich auf die Bonapartismustheorie von Marx und Engels stützten.¹⁰ Von Totalitarismus oder totalitär war

dabei jedoch nicht die Rede. Außerdem wurden diese frühen Vergleiche nicht fortgeführt. Die deutschen Sozialdemokraten, die in den 1920 und 1930er Jahren die verhassten Kommunisten nicht selten als »Kozis« titulierten und mit den »Nazis« auf eine Stufe stellten, weil es sich dabei um »gleiche Brüder mit ungleichen Kappen« handelte, gebrauchten »totalitär« dagegen als bloßen Kampfbegriff. Damit antworteten sie auf den kommunistischen Kampfbegriff des »Sozialfaschismus,« womit die Sozialdemokraten gemeint waren, die von kommunistischer Seite aus mit den »Faschisten« verglichen und gleichgesetzt wurden.¹¹

Die ersten wissenschaftlichen oder sich wissenschaftlich gebenden Totalitarismustheorien, die am Ende der 1930er Jahre von einigen amerikanischen Politikwissenschaftlern erarbeitet wurden, hatten ebenfalls eine politische, vor allem antikommunistische Funktion und Stoßrichtung.¹² Doch als beide »Totalitarismen«

⁸ Die wichtigsten Überblicke und Sammelwerke sind: Bruno Seidel/Siegfried Jänicke [Hrsg.], Wege der Totalitarismus-Forschung, Darmstadt 1968; Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffs, Berlin 1971; Walter Schlangen, Die Totalitarismus-Theorie. Entwicklung und Probleme, Stuttgart 1976; Manfred Funke, Totalitarismus. Ein Studien-Reader zur Herrschaftsanalyse moderner Diktaturen, Düsseldorf 1978; Abbot Gleason, Totalitarianism. The Inner History of the Cold War, New York 1995; Eckhard Jesse [Hrsg.], Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996; Hans Maier [Hrsg.], »Totalitarismus« und »Politische Religionen«. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996.

⁹ Ich stütze mich im folgenden auf mein Buch: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1996.

¹⁰ Dazu: Wolfgang Wippermann, Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Stuttgart 1983, S. 200 ff.

¹¹ Zur sozialdemokratischen und kommunistischen Faschismuskritik: Wolfgang Wippermann, Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945, Frankfurt/M. 1981; ders., Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

¹² Symposium of the Totalitarian State. From the Standpoint of History, Political Science, Economics, and Sociology, Philadelphia 1940. Guy Stanton Ford [Hrsg.], Dictatorship in the Modern World, London 1939. Diese Aufsatzsammlung enthält die Referate einer Tagung, die bereits 1935 in Minneapolis stattfand.

im September 1939 Polen überfielen und gemäß des schändlichen Hitler – Stalin – Paktes unter sich aufteilten, folgten diesen antikommunistischen Worten – noch – keine Taten. England und Frankreich erklärten nur Hitler – Deutschland den Krieg. Zwei Jahre später kam es nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion sogar zum Bündnis zwischen dem gesamten Westen, einschließlich den USA und der »totalitären« Sowjetunion unter Stalin.

Diese politischen Entscheidungen wirkten sich sofort auf die Politikwissenschaft aus. Die Totalitarismusforschung wurde 1941 schlagartig eingestellt, um fünf Jahre später nach Ausbruch des Kalten Krieges gegen den ehemaligen kommunistischen Bündnispartner ebenso schlagartig wieder aufgenommen zu werden. Schon diese Schwankungen und Kehrtwendungen um 180 Grad deuteten auf den ideologischen Charakter und die politische Funktion der vorgeblich rein wissenschaftlichen Totalitarismustheorien hin.¹³ Sie waren und sollten auch ideologische Waffen im ideologischen Kalten Krieg sein.

In inhaltlicher Hinsicht lassen sich Totalitristheorien in drei Formen und Varianten einteilen

Zu nennen sind einmal die ideengeschichtlichen Versuche, das moderne Phänomen des Totalitarismus aus früheren politischen Erscheinungen her – und abzuleiten. Der israelische Historiker Jacob L. Talmon meinte, dass der Totalitarismus des 20. Jahrhunderts auf die Große Französische Revolution des 18. Jahrhunderts zurückgehe.¹⁴ Erwin Faul wollte in dem florentinischen Politiker und Theoretiker Niccolò Machiavelli [1469 – 1527] den geistigen Vater des Totalitarismus sehen, weshalb der Totalitarismus als eine Abart des »Machiavellismus« zu bezeichnen sei.¹⁵

Die phantasievollste, aber dennoch heute immer noch oder wieder wirkungsvollste geistesgeschichtliche Totalitarismustheorie stammt von Erich, bzw. wie er sich nach seiner Emigration in die USA nannte, Eric Voegelin.¹⁶ Voegelin griff noch weiter in die Geschichte zurück und suchte die Ursprünge des modernen Totalitarismus zunächst bei Cromwell,¹⁷ dann bei den mittelalterlichen Häretikern und schließlich bei einem ägyptischen Pharao, der mit einer Frau verheiratet war, die, bzw. deren Büste heute jeder kennt – Nofretete. Ihr heute wohl nur einigen Ägyptologen bekannter Mann



Extrem brutal: Polizei beim Castor-Transport im November 2010.

hieß ursprünglich Amenophis IV., der sich jedoch in Echnaton umbenannte, nachdem und weil er die ägyptische Götterwelt abgeschafft und durch einen Sonnengott ersetzt hatte, als deren weltlichen Repräsentanten er sich selber ansah. Echnaton war der erste, aber dann nicht der einzige weltliche Herrscher, der die sonst getrennten Sphären der Politik und Religion zusammengefügt und zu dem gemacht hat, was Voegelin »politische Religion« nannte. Da auch die modernen »total-

¹³ Keinen wissenschaftlichen Charakter hatten und sollten auch die [von mir so genannten] »literarischen Totalitarismustheorien« haben, die von Franz Borkenau, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, George Orwell, Jorge Semprún und einigen weiteren »Renegaten« vorgelegt worden sind. Vgl. dazu: Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, Stuttgart 1991. Zusammenfassend: Wippermann, *Totalitarismustheorien*, S. 58-70.

¹⁴ Jacob L. Talmon, *Die Ursprünge der totalitären Demokratie*, Köln-Opladen 1961; ders., *Politischer Messianismus. Die romantische Phase*, Köln-Opladen 1963; ders., *The Myth of the Nation and the Vision of Revolution. The Origins of Totalitarian Polarisation in the Twentieth Century*, London 1981.

¹⁵ Erwin Faul, *Der moderne Machiavellismus*, Köln-Berlin 1961.

¹⁶ Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*, Wien 1938; Neuausgabe München 1993.

¹⁷ Oliver Cromwell [*25.4.1599, =3.9.1658] gilt als Begründer der ersten englischen Republik, ließ König Charles I.

hinrichten und wurde posthum selbst hingerichtet.



itären« Führer versucht hätten, die Religion ganz der Politik zu unterwerfen und ihr dienstbar zu machen, sei der moderne Totalitarismus insgesamt ebenfalls als eine »politische Religion« anzusehen.

Da ist was dran. Tatsächlich haben alle modernen faschistischen und kommunistischen Diktatoren versucht, ihre Herrschaft mit gewissen pseudoreligiösen Mitteln und Methoden zu legitimieren. Sowohl um Mussolini und Hitler wie um Stalin und Mao wurde ein, wie es bezeichnenderweise heißt, »Führerkult« betrieben. Doch keiner von ihnen hat sich wirklich und

im wörtlichen Sinne als Gott verehren lassen oder gar eine neue Religion geschaffen. Die Institutionen der traditionellen Religionen sind zwar in der Sowjetunion und noch mehr in China weitgehend zerschlagen und viele ihrer Repräsentanten und Anhänger blutig verfolgt worden, dennoch kann von einer völligen Eliminierung oder gar Ersetzung der Religionen nicht die Rede sein.

Die heute geradezu modisch gewordene These, wonach es einen engen Zusammenhang von Totalitarismus und »politischer Religion« geben soll, ist also empirisch kaum zu beweisen. Damit wird sie aber nicht völlig falsch. Nur anders als sich das Voegelin und seine intellektuellen Gefolgsleute gedacht haben. Von einer »politischen Religion« kann man nämlich auch dann sprechen, wenn nicht die Politik die Religion, sondern umgekehrt die Religion die Politik beeinflusst und ihren religiösen Dogmen unterwirft. Das nennt man dann Fundamentalismus. Und derartige fundamentalistische Bewegungen und Regime christlicher und muslimischer Prägung hat es nicht nur gegeben, sie gibt es immer noch. Einige von ihnen haben sich bereits zu fundamentalistisch – faschistischen entwickelt und können es in Zukunft weiter tun. Doch dies ist ein anderes Thema, das hier nicht zu erörtern ist.¹⁸

„Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“

Wenden wir uns stattdessen einem weiteren Strang der Totalitarismusforschung zu, der jedoch nur von einer Person repräsentiert wird: Hannah Arendt.

Hannah Arendts Meisterwerk über »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« sollte eigentlich kein Beitrag zur Totalitarismusproblematik sein und ist es auch nur im dritten und letzten Teil geworden.¹⁹ Schließlich hat sich Arendt in den ersten beiden [und viel besseren] Teilen ihres Buches ebenso ausführlich wie ausschließlich mit den ideologischen »Elementen und Ursprüngen« des Nationalsozialismus beschäftigt. Dazu zählte sie den Antisemitismus einerseits, den Imperialismus andererseits. Diese Ideologien und politischen Strömungen hätten zur Errichtung des NS – Staates geführt, den sie als »totalitäres Regime auf der Basis einer Rasedoktrin« charakterisierte.²⁰ Doch dann hat Arendt im dritten Teil ihres Werkes den nationalsozialistischen »Rassenstaat«²¹ mit dem bolschewistischen Klassenstaat verglichen und weitgehend gleichgesetzt. Bei be-

¹⁸ Vgl. dazu jetzt: Wolfgang Wippermann, *Faschismus. Eine Weltgeschichte vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute*, Darmstadt 2009.

¹⁹ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Bd. I-III Berlin 1973 [zuerst: 1951]

²⁰ Arendt, *Elemente und Ursprünge*, Bd. II, S. 454.

²¹ Zur Charakterisierung des Dritten Reiches als »Rassenstaat«: Michael Burleigh/Wolfgang Wippermann, *The Racial State. Germany 1933-1945*, Cambridge 1991.



Extrem zäh: Protest gegen den Castor-Transport 2010.

iden Regimen handele es sich um Formen ein und desselben Typus. Voraussetzung für die Entstehung dieser qualitativ »neuen Staatsform« seien der [angebliche!] »Untergang der Klassenherrschaft« und die nachfolgende Atomisierung der orientierungslos gewordenen »Massen«. Ihr Kennzeichen sei der schrankenlose »Terror« einerseits, eine »Ideologie« andererseits, »die nicht das, was ist, sondern das, was wird, was entsteht und vergeht« erklärt und propagiert.²²

So weit die Theorie. Stimmt sie? Hier sind einige Zweifel angebracht. Kritisch anzumerken ist einmal, dass Arendt zu wenig zwischen der »Ideologie« des »historischen Materialismus« und des faschistischen »Rassismus« differenzierte. Die Berufung der Nationalsozialisten auf die »Gesetze der Natur« kann man nämlich in keiner Weise mit dem Bekenntnis der Bolschewisten zur marxistischen Lehre von der Gesetzmäßigkeit der historischen Entwicklung vergleichen. Die »Lehre vom Kampf der Klassen« ist etwas anderes als die von den Nationalsozialisten übernommene darwinistische »Lehre vom Recht des Stärkeren«. Folglich darf man auch nicht, wie Arendt dies vorschlug, die Vernichtung von »lebensuntauglichen und minderwertigen Rassen und Individuen [...] und sterbenden Klassen« gleichsetzen.²³

Die falsche Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Ideologie führte dann zu einer Verkenning der unterschiedlichen Funktion und Zielsetzung des »Terrors« in beiden »totalitären« Regimen. In der

Sowjetunion unter Stalin wurden neben tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen politischen Gegnern Angehörige von Klassen verfolgt, die, aus welchen Gründen auch immer, als »feindlich« eingeschätzt wurden. Im Hitler – Deutschland waren es neben den im Vergleich zur Sowjetunion weniger politischen Gegnern Millionen von Menschen, die als »rassisch minderwertig und gefährlich« eingeschätzt worden waren.

Daher muss man auch zwischen den »Gaskammern des Dritten Reiches und den Konzentrationslagern der Sowjetunion« differenzieren. Arendt dagegen hat beiden Institutionen des Terrors einen gemeinsamen Zweck unterstellt, wenn sie behauptete, das sowohl die kommunistischen wie die nationalsozialistischen »Konzentrations- und Vernichtungslager« den Herrschenden als »Laboratorien« gedient hätten, in denen »experimentiert« wurde, »ob der fundamentale Anspruch der totalitären Systeme, dass Menschen total beherrschbar sind«, durchgesetzt werden sollte.²⁴ Nein! In den nationalsozialistischen Vernichtungslagern und Todesfabriken ging es nicht um die Beherrschbarkeit oder das »Überflüssigwerden von Menschen« generell, sondern um die Vernichtung von Angehörigen genau bestimmter »Rassen«.

Es gibt noch weitere Schwächen und schlicht Fehler in Arendts Buch, die aber vornehmlich dem damaligen Forschungsstand geschuldet sind, der vor allem, was die Sowjetunion angeht, völlig ungenügend war. Darauf soll und muss hier auch deshalb nicht weiter ein-

²² Arendt, Elemente und Ursprünge, Bd. III, S. 252.

²³ Arendt, Elemente und Ursprünge, Bd. III, S. 238.

²⁴ Ebenda S. 210.

gegangen werden, weil Arendts Klassiker zwar immer hoch geschätzt, aber offensichtlich weniger gelesen und vor allem kaum oder sogar falsch rezipiert worden ist.

„Totalitäre Diktatur“

Die weitere Totalitarismusforschung stand und steht bis heute zudem im Zeichen einer anderen Totalitarismustheorie, die in einem Buch zu finden ist, das in der deutschen Ausgabe kurz und bündig »Totalitäre Diktatur« hieß.²⁵ Verfasst war es von dem amerikanischen Politologen und späteren Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski²⁶ und dem Deutschen Carl Joachim Friedrich, der übrigens ein glühender Anhänger von Carl Schmitt und Befürworter einer, was immer das sein sollte, »konstitutionellen Diktatur« gewesen ist.²⁷

Im Unterschied zu den bisherigen Totalitarismustheoretikern haben Friedrich und Brzezinski auf alle ideengeschichtlichen Herleitungen des Totalitarismus – Phänomens verzichtet und stattdessen ein politikwissenschaftliches Modell entworfen, das aber kaum auf die Empirie angewandt und schon gar nicht durch einen empirischen Vergleich der verschiedenen Totalitarismen bewiesen wurde. Was Totalitarismus ist oder sein soll, wurde durch eine einfache Setzung bestimmt. Danach sind Staaten [von Parteien war erst gar nicht die Rede] als »totalitär« einzustufen, wenn sie folgende sechs Merkmale aufwiesen: 1. Ideologie; 2. Terror; 3. Monolithisches Einparteienregime; 4. Befehlswirtschaft; 5. Waffenmonopol und 6. Propaganda – und Nachrichtenmonopol.

Schon das Modell wies einige Behauptungen auf, die schlicht falsch oder zumindest problematisch sind. Problematisch ist die schon bei Arendt zu beobachtende weitgehende Gleichsetzung von faschistischer Rassen- und marxistischer Klassenideologie. Folglich haben Friedrich und Brzezinski wiederum ähnlich wie Arendt dem Faktum wenig Bedeutung beigemessen, dass sich der Terror in faschistischen Staaten gegen »minderwertige Rassen« und in kommunistischen Regimen gegen »feindliche Klassen« gerichtet hat. Nicht nur problematisch, sondern unbewiesen und falsch sind die weiteren Aspekte des 6-Punkte-Modells.

Folgt man der inzwischen keineswegs mehr neuen Nationalsozialismusforschung, so gibt es begründete Zweifel, ob in Deutschland wirklich ein völlig monolithisches Einparteienregime errichtet worden ist. Der angebliche und von der Propaganda auch vielfach so

gefeierte »Führerstaat« war keineswegs so geschlossen, sondern von Kompetenzkämpfen gekennzeichnet, weshalb er keinen monolithischen, sondern eher polykratischen Charakter hatte. Keineswegs mehr nur zweifelhaft, sondern eindeutig falsch ist die Behauptung, dass es sowohl im bolschewistischen Russland wie im faschistischen Deutschland eine »Befehlswirtschaft« gegeben habe. Davon kann keine Rede sein. Anders als in der Sowjetunion ist die Wirtschaft im Dritten Reich nicht verstaatlicht worden und hat bis zum Schluss über eine relativ autonome Funktion verfügt. Was nun das im fünften Punkt des Modells erwähnte Waffenmonopol angeht, so sollte diesen Politologen eigentlich bekannt sein, dass darüber alle Staaten, auch die demokratischen, verfügen und auch verfügen müssen, weil sonst Anarchie und Bürgerkriege herrschen. Bei dem ganzen Modell ist eigentlich nur der sechste und letzte Punkt richtig: Faschistische und kommunistische Staaten haben wirklich über ein Nachrichten – und Propagandamonopol verfügt, konnten es aber nicht immer und bis zum Schluss durchsetzen.

Die Hauptschwäche des Totalitarismusmodells von Friedrich und Brzezinski liegt aber in seinem idealtypischen und damit notwendigerweise statischen Charakter. Damit konnte die Entwicklung der konkreten »totalitären« Regime in Deutschland und der Sowjetunion nicht erklärt und auf den Begriff gebracht werden. Während sich das faschistische Regime immer weiter radikalisierte, was den Holocaust ermöglichte und zugleich seinen schließlichen Untergang geradezu notwendig machte, ist es in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins im Jahr 1953 und dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zu einer Entspannung im innen – und dann auch außenpolitischen Bereich gekommen. Nach und wegen dieser Entstalinisierung war die Sowjetunion nicht mehr das, was sie unter Stalin gewesen war. Sie blieb zwar eine Diktatur, die aber immer weniger Gemeinsamkeiten mit der 1945 unter gegangenen nationalsozialistischen aufwies.

Von den Totalitarismus- zu den Faschismustheorien und zurück

Der westlichen Totalitarismusforschung blieb dies alles natürlich nicht verborgen. Da man die veränderte Empirie nicht an die unveränderbare Theorie anpassen konnte, kam es in allen westlichen Ländern zu einem langsamen Abrücken von der Totalitarismuskonzeption. Innerhalb der Nationalsozialismusforschung wurde sie überhaupt nicht mehr angewandt.²⁸ Hier wurden die

²⁵ Carl Joachim Friedrich unter Mitarbeit von Zbigniew Brzezinski, Totalitäre Diktatur, Stuttgart 1957.

²⁶ In der deutschen Ausgabe wird aber nur Brzezinskis »Mitarbeit« erwähnt.

²⁷ Aufgedeckt ist Friedrichs geistige Herkunft und politische Einstellung von : Hans J. Lietzmann, Politikwissenschaft im »Zeitalter der Diktaturen«. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, Opladen 1999. Für viele Politologen und Totalitarismusforscher war dies ein schwerer Schlag. Hatten sie doch Friedrich immer als aufrechten und vorbildlichen Demokraten gefeiert.

²⁸ Vgl. dazu: Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994. Ferner: Wolfgang Wippermann, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus, Berlin, 1998, bes. S. 17 ff.

Totalitarismus- von den Faschismustheorien verdrängt. Jedenfalls in Deutschland und zumindest in den 1960er und 1970er Jahren.²⁹ Doch auch in der Kommunismus – Forschung wurden die Versuche, die Totalitarismustheorien anzuwenden oder den »totalitären« Charakter der Ostblockstaaten durch einen Vergleich mit den faschistischen zu beweisen, als ergebnislos eingestellt. Hinzu kam ein politisches Moment: Die politische Funktion der Totalitarismus-Ideologien hatte sich im Zuge der Entspannungspolitik gewissermaßen erübrigt.

Umso überraschender war und ist die Renaissance der Totalitarismus – »Theorien« nach dem Zusammenbruch des sog. Ostblocks. Einmal, weil gerade dieser fast kampflose Zusammenbruch von allen Totalitarismustheoretikern so nicht erwartet worden ist. Zum anderen, weil der politische Gegner und Erzfeind des »freien Westens« von der weltpolitischen Bühne verschwunden ist. Warum ist dann diese wissenschaftlich vielfach widerlegte und politisch eigentlich funktionslos gewordene Ideologie wieder belebt worden?³⁰

Sofern es sich nicht um Triumphgeheul der unerwarteten Sieger des Kalten Krieges im Allgemeinen, des zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Besonderen geführten handelt, soll mit der alten Totalitarismus – Ideologie die Neue Linke in die totalitäre Ecke gedrängt und gewissermaßen mundtot gemacht werden. Jegliche Kritik am Istzustand der parlamentarischen Demokratie wird damit desavouiert und alle Bestrebungen, sie zu verbessern oder gar eine wirklich demokratische und humane Gesellschaftsordnung anzustreben, werden als ebenso »utopisch« wie »totalitär« denunziert. Außerdem wird und soll damit von den wirklichen Gefahren abgelenkt werden, welche der Demokratie tatsächlich drohen. Dies ist der Faschismus. Gemeint sind einmal die immer noch bestehenden und neu entstehenden faschistischen Bewegungen, die aber fälschlicherweise als »rechtsextremistisch« oder »rechtspopulistisch« wahrgenommen werden. Hinzu kommt die Gefahr des »Faschismus von oben«. Gemeint sind der schrittweise Abbau der demokratischen Rechte und der Aufbau eines Überwachungsstaates. Beides geschieht zwar vorgeblich, um die Demokratie zu schützen, kann aber zum völligen Gegenteil führen. Einer neuen Diktatur, welche wiederum Ähnlichkeiten mit einigen alten faschistischen Diktaturen hat, die ebenfalls von oben errichtet worden sind. Schließlich ist vor dem fundamentalistischen Faschismus in christlicher und islamistischer Gestalt zu warnen. Diesen Gefahren kann man mit dem Festhalten an der Totalitarismus – Ideologie nicht begegnen und von ihnen wird dabei bewusst abgelenkt. Dies ist die neue politische Funktion der alten Totalitarismus-Ideologie.

²⁹ Ausführlich dazu: Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt 1997.

³⁰ Zum folgenden: Wolfgang Wippermann, Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich, Berlin 2009.

Schutzgebühr: 1 Euro



www.avanti-projekt.de